

ROBIN WOOD

magazin

Tatorte:
Kohle killt Klima

Verkehr:
E-Mobilität ist
keine Lösung

Wald: Europäische
Urwälder schützen

FILMVERLOSUNG:
Becoming Animal
zu gewinnen!

Raubbau
Klimawandel
Corona-Krise



Illegalen Holzeinschlag stoppen!

Europas letzte Urwälder retten!



Foto: ROBIN WOOD/Linckh

Unterschreiben Sie heute noch unsere Petition an Bundesagrarinisterin Klöckner. Deutschland trägt eine große Verantwortung: Unser Hunger nach Holz, Papier und Zellstoff zerstört die letzten Natur- und Urwälder Europas. Im zweiten Halbjahr 2020 wird Deutschland die Ratspräsidentschaft der EU übernehmen. Wir fordern von Bundesagrarinisterin Klöckner eine klare Position für eine starke Waldstrategie und die verbindliche Umsetzung von Waldnaturschutzmaßnahmen: www.robinwood.de/urwald.

Unterstützen Sie unseren Kampf für die Rettung der Wälder und den Schutz des Klimas! Bitte spenden Sie, damit wir mehr Druck machen können. Herzlichen Dank!

Schauen Sie dafür auf Seite 14 bis 19 dieser Ausgabe.



Die Magazin-Redaktion kurz vor der Corona-Krise

Liebe Leserinnen und Leser!

Das Foto der Magazinredaktion oben entstand bei unserer letzten persönlichen Redaktionssitzung in Berlin. Jetzt sitzen wir alle im Homeoffice und treffen uns wie das ganze Land online und per Telefon. Die [Corona-Krise](#) hat unseren Alltag und unsere Arbeitswelt verändert, aber die Umweltprobleme bleiben, auf die wir mit spektakulären Aktionen und unserer unermüdlichen Öffentlichkeitsarbeit weiter hinweisen werden. Ab Seite 6 dieser Ausgabe beantworten die Autorinnen Fragen wie Corona und Umweltthemen zusammenhängen. Wie wirkt sich die Epidemie auf die Autoindustrie und unsere Mobilität aus? Was hat die dramatische Entwaldung weltweit mit zunehmenden, neuen Infektionskrankheiten zu tun?

Seit einem Jahr engagieren wir uns in einer großen Kampagne mit unseren Bündnispartnern Agent Green und EuroNatur für den [Schutz der rumänischen Urwälder](#): Zum Beispiel im Sommer 2019 vor Ort mit einem riesigen Banner über einem von Kahlschlag bedrohten Tal oder in Brüssel vor dem Hauptsitz der EU-Kommission. Diese Proteste zeigten Wirkung. Im Februar 2020 beschloss die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Rumänien wegen des ungebremsen Raubbaus in ihren Wäldern. Ein großer gemeinsamer Erfolg! Doch die rumänischen Urwälder sind weiter in Gefahr. Anfang März schlugen unsere Partner vor Ort Alarm: Neue Kahlschläge in den Buchenwäldern für den Bau einer transnationalen Hochspannungsleitung! Die ROBIN WOOD-Aktiven machten sich sofort auf den Weg und wiesen in einer eindrucksvollen Banneraktion mitten im Kahlschlaggebiet auf den Raubbau hin. Hier hatten die Rodungsteams aber in ungeheurerlicher Geschwindigkeit schon ganze Arbeit geleistet, um möglichen Einschränkungen durch die EU

noch zuvorzukommen. Auch aktuell erreichen uns schlechte Nachrichten aus Rumänien: Den Stillstand durch Corona nutzt die rumänische Holzlobby, um weiter Tatsachen zu schaffen. Die Zahl der Lkws, die die rumänischen Karpaten mit Holzladungen verlassen, hat einen neuen Höchststand erreicht! Im zweiten Halbjahr 2020 wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft innehaben und trägt gerade dann große Verantwortung für den Schutz der Wälder in Europa. Wir möchten gemeinsam mit Ihnen bei Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner Druck machen, dass sie klar Position für eine starke europäische Waldstrategie bezieht. Dieser Magazinausgabe liegt eine [Unterschriftenliste bei, die den Schutz der europäischen Wälder fordert](#). Sie können aber auch online unsere Petition unterstützen: www.robinwood.de/urwald. Nur gemeinsam können wir die einmaligen europäischen Wälder retten. Herzlichen Dank!

Nach Redaktionsschluss dieser Magazinausgabe veröffentlichte Frau Klöckner die aktuellen [Waldschadenszahlen](#) für 2019. Sie sind verheerend: Mit 78 Prozent sichtbar geschädigter Waldbäume ist der Wert [auf Rekordniveau](#). Alle Anstrengungen von Wald- und Agrarpolitik müssen jetzt endlich darauf zielen, diesen Trend umzukehren! Die aktuellen Zahlen und mehr Informationen dazu finden Sie auf unserer Homepage. Wir vertrauen auf Ihre Unterstützung und Ihr Engagement. Bleiben Sie aktiv und gesund! Herzlichen Dank im Namen der Magazin-Redaktion
Ihre

Christiane Weitzel



perspektiven 

6 Was bedeutet die Corona-Krise für die Klimabewegung?

 **tator**

- Klimaprotest in Corona-Zeiten 9
- Klimawandel: Schneller als die Polizei erlaubt 9
- Rumänische Urwälder retten! 10
- Rettet Hamburgs Wälder! 11
- Kraftwerk Datteln 4: Unnötig und schädlich für die Energiewende 12



wald 

- 14 Krimi zwischen Horror und Hoffnung: Kampagne für den Schutz der rumänischen Natur- und Urwälder
- 20 Desaster fürs Klima: Der Umstieg von Kohle auf Holz
- 22 Wälder unter Druck: Warum die Bioökonomie unsere Biosphäre bedroht
- 27 Machen Sie den Wald-Fußabdrucktest!



Chris Jewiss Free Images

Seite 28

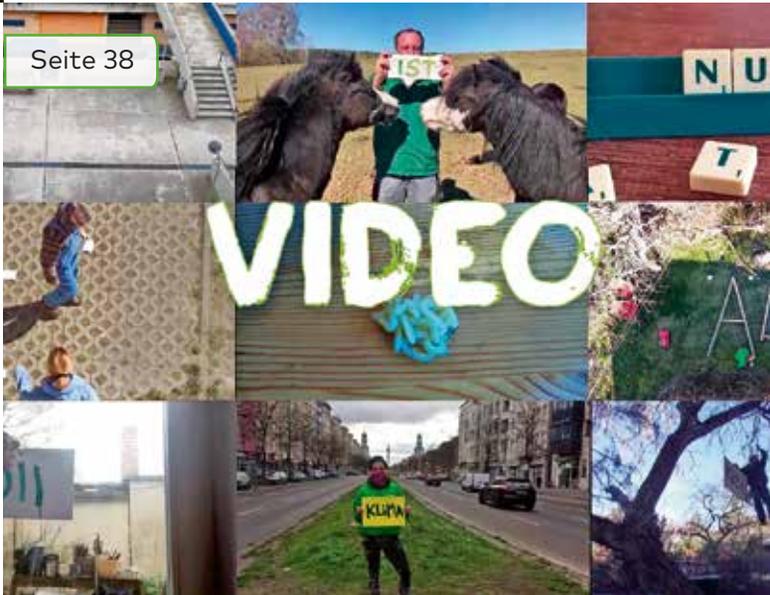
verkehr 

- 28 Teslas Giga-Fabrik in Brandenburg: Eine sozial-ökologische Verkehrswende sieht anders aus
- 31 Energiewende im Verkehr: Mehr als eine bloße Antriebswende
- 33 Dannenrod: Wald statt Asphalt
- 34 Demo in Oldenburg: Mobilität für Alle!



 **internes**

- Impressum 36
- Videoclips von ROBIN WOOD 38
- Andrea Zander: Fundraising macht glücklich 38



Seite 38



Heftmitte

Jahresbericht 2019
ROBIN WOOD

Foto: Pay Numrich

internes 

- 37 Filmverlosung: Becoming Animal zu gewinnen

Heftmitte: Auf acht Seiten der ROBIN WOOD-Jahresbericht 2019



Foto: Chris Jewiss - Free Images

Was bedeutet die Corona-Krise für die Klimabewegung?

1. Den Ausweg aus der Krise mitgestalten – für eine sozial-ökologische Gesellschaft

19. März 2020: Den Aktiven von ROBIN WOOD geht es genauso wie allen anderen: Die Corona-Krise beherrscht die Gedanken. Wir leben im Ausnahmezustand. Es fühlt sich an, als wäre ein dystopischer Film plötzlich real geworden. Rasend schnell und radikal hat sich das gesellschaftliche und individuelle Leben geändert. Obwohl wir hierzulande noch in der Anfangsphase der Pandemie stecken, ist bereits klar, dass sie tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen und die Gesellschaft auf Jahre einschneidend verändern wird. Was bedeutet dieser ungewollte, gesellschaftliche Stresstest riesigen Ausmaßes für die Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung? Der öffentliche Diskursraum zum Thema Klimakrise ist geschrumpft. Dabei sind die Auswirkungen der Klimakatastrophe nicht weniger real oder bedrohlich als die der Corona-Pandemie, auch wenn diese zumindest im globalen Norden nicht im gleichen Tempo für alle sichtbar werden. Auf der anderen Seite der Weltkugel sind sie bereits bitterer Alltag.

Über den Rückgang von CO₂-Emissionen durch die Corona-Krise zu jubeln, wäre zynisch. Eine Pandemie ist kein nachhaltiger Klimaschutz. In der aktuellen Notsituation geht es darum, auf allen Ebenen die akuten, existenziell bedrohlichen Folgen dieser sich schnell ausbreitenden Infektionskrankheit zu bewältigen. Eine Diskussion, wie wir aus dieser Krise herauskommen, wird sich anschließen. Sie sollte durch eine starke Klima- und Umweltschutzbewegung mitgestaltet werden – mit dem Ziel, die Milliarden öffentlicher Mittel, die zur Bewältigung der Corona-Folgen fließen werden, für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu nutzen.

Die jetzige Pandemiekrise führt uns drastisch vor Augen, was Regierungen der Industriestaaten können – was sie aber trotzdem bislang nicht getan haben, um einen ebenfalls globalen, existenzgefährdenden Klimanotstand abzuwenden:

- In der Pandemiekrise setzen sich Regierungen im Sinne des Gemeinwohls gegen starke Lobbys, etwa der Auto- und der Energieindustrie, durch. Das „Primat der Politik“ funktioniert – anders als in der internationalen Klimapolitik.

- Auch nehmen Regierungen Erkenntnisse aus der Wissenschaft ernst und richten ihr Handeln danach aus. Klimaforscher*innen fordern das seit langem nachdrücklich, aber bisher weitgehend vergeblich.
- Die Politik räumt dem Schutz der Gesundheit von Menschen oberste Priorität ein, während sonst wirtschaftliche Interessen – trotz umweltzerstörerischer und klimaschädlicher Auswirkungen – Vorrang bekommen und soziale Ungleichheit als selbstverursacht diffamiert wird.

Zugleich zeigt die Pandemie, wie stark und schnell das öffentliche Leben und die Grundrechte eingeschränkt werden, wenn Notstand herrscht. Die EU-Staaten schotten sich nach außen und gegeneinander ab und handeln nationalistisch. Überwachung und Disziplinierung nehmen zu. Die Zahl der Handlungsalternativen schrumpft. Autoritäres Durchsetzen tritt an die Stelle von demokratischen Aushandlungsprozessen. Um solchen Tendenzen angesichts einer sich verschärfenden Klimakrise und eines dramatischen Artensterbens entgegenzutreten, wird die Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung dringend gebraucht. Gemeinsam müssen wir verhindern, dass die aktuelle Krise den Nährboden für dauerhafte autoritäre Verschiebungen bildet.

Wir von ROBIN WOOD machen uns daher Gedanken, wie wir auch in Corona-Zeiten unsere politischen Ziele verfolgen können. Vorübergehend werden wir Treffen online abhalten, uns weiterbilden, andere Protestformen nutzen und neue Wege suchen, uns zu organisieren. Und wir wollen die Zusammenhänge von Corona und Umweltthemen beleuchten: Was hat die dramatische Entwaldung der Welt mit zunehmenden Infektionen durch neuartige Krankheiten zu tun? Wie wirkt sich die Epidemie auf die Autoindustrie, auf globale Mobilität und die Emissionen aus? Das sind nur zwei Fragen, die wir aufgreifen wollen, um uns in die Debatte über den sozial-ökologischen Wandel einzumischen.

Ute Bertrand, ROBIN WOOD-Pressesprecherin

2. Die Welt steht still – und die sozial-ökologische Verkehrswende ist notwendiger denn je

27. März 2020: Die Corona-Pandemie hält die Welt in Atem. Die Straßen sind vielerorts so gut wie leer, der Zugverkehr ist massiv ausgedünnt und Busse fahren ohne Fahrgäste. Die Selbstverständlichkeit, mit der wir alltäglich mobil sind, wird durch die Krise massiv infrage gestellt – auch, weil plötzlich viel mehr Menschen die Möglichkeit bekommen, von zuhause zu arbeiten. Was bis vor wenigen Wochen in vielen Unternehmen noch nicht möglich war, könnte nun unser Mobilitätsverhalten langfristig verändern.

Dennoch sind viele Menschen, die systemrelevante Berufe ausüben und ihren Job nicht ins Home-Office verlegen können, nach wie vor auf Mobilität angewiesen. In Zeiten wie diesen greifen viele auf ihr eigenes Auto zurück, um sich vor Infektionen zu schützen – doch nicht alle Menschen besitzen ein eigenes Auto. Daher wird jetzt empfohlen, auf das Fahrrad umzusteigen, da das Infektionsrisiko beim Radfahren erstens relativ gering ist und es zweitens nicht nur in Zeiten von Corona positive Auswirkungen auf die Gesundheit hat, z.B. weil die Lunge gut belüftet und besser durchblutet wird. Auch beim Radfahren ist es natürlich wichtig, Abstand zu halten – was aber bei den vielen stehenden Autos, die Fuß- und Fahrradwege zuparken, gar nicht so einfach ist! Daher fordern wir eine Umwidmung von Straßenraum für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen – auch über die Corona-Krise hinaus!

Viele Menschen können allerdings nicht auf Radfahren ausweichen, weil sie z.B. mobilitätseingeschränkt sind, oder weil Radwege noch immer an vielen Orten nicht gut genug ausgebaut und gefährlich sind. Daher sind nach wie vor einige Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen – und es wird deutlich, dass der Betrieb des ÖPNV auch in Krisenzeiten systemrelevant ist. Während der Corona-Pandemie sind ÖPNV-Beschäftigte einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt, auch wenn es Sicherheitsregeln gibt – z.B. darf in den meisten Bussen nur noch hinten eingestiegen werden. In der Öffentlichkeit wird daher aktuell zurecht eine drastische Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Wertschätzung von systemrelevanten Berufen gefordert – zu denen neben Beschäftigten im Gesundheitsbe-

reich eben auch diejenigen im ÖPNV gehören. ROBIN WOOD unterstützt diese Forderungen und setzt sich dafür ein, dass sich die Arbeitsbedingungen der ÖPNV-Beschäftigten auch über die Krise hinaus nachhaltig verbessern!

Gleichsam wird durch die Krise immer klarer, dass viele vor allem klimaschädliche Produktionsbetriebe eben nicht systemrelevant sind – so war die Automobilproduktion in Deutschland im März und April so gut wie eingestellt. In den deutschen VW-Werken standen die Bänder still, um die Beschäftigten vor einem Infektionsrisiko zu schützen. Auch die meisten europäischen VW-Werke sowie einzelne Standorte in Russland, Mexiko und den USA waren stillgelegt. Daimler hatte seine Produktion eingestellt, bei MAN in München und bei Audi in Ingolstadt und Neckarsulm gibt es ebenfalls Kurzarbeit, das Gleiche ist bei Porsche. Die Auswirkungen von Corona treffen aber vor allem kleinere Zulieferbetriebe hart.

Die Corona-Krise verstärkt außerdem das Wegbrechen von Absatzmärkten, sowohl in China als auch Westeuropa. Hier machen aktuelle Beispiele aus den USA, wo Autobauer nun Beatmungsgeräte herstellen sollen, deutlich, dass die von der Klimabewegung lange geäußerte Forderung nach einer Umrüstung von profitorientierter auf eine gemeinwohlorientierte Produktion nicht nur sinnvoll, sondern auch möglich ist!

Auch im Flugverkehr sind die Veränderungen umwälzend. Der globale Flugverkehr ist weitestgehend zum Stillstand gekommen. Lufthansa hat 95 Prozent aller Flüge gestrichen und Kurzarbeit für viele tausend Mitarbeiter*innen angemeldet – fordert aber gleichzeitig staatliche Milliardenhilfen. Es kann nicht sein, dass fossile und klimaschädliche Industrien mit Milliardenpaketen gerettet werden, während viele kleine Unternehmen und Organisationen bereits jetzt um ihre Existenz kämpfen müssen. Es muss jetzt darum gehen, Lohnabhängige und Selbstständige finanziell abzusichern. Nach Corona darf die Klimakrise aber nicht mit milliardenschweren Konjunkturprogrammen angeheizt werden. Denn auch die Klimakrise fordert Menschenleben!

Dominique Just, ROBIN WOOD-Mobilitätsreferentin





Foto: Rob Blakkers

3. Waldnaturschutz ist Epidemie-Prävention!

29. März 2020: Wegen der Corona-Pandemie steht die Welt kopf. Die Gesundheitssysteme in vielen Ländern der Welt kollabieren, die Wirtschaftssysteme brechen zusammen, die Bildungssysteme stehen still, unsere alltäglichen gesellschaftlichen Routinen funktionieren plötzlich nicht mehr. Zehntausende Menschen verlieren innerhalb kürzester Zeit ihre körperliche Unversehrtheit oder ihr Leben, Freiheitsrechte werden massiv eingeschränkt. Und mal wieder lässt sich alles darauf zurückführen, dass der Mensch unbelehrbar wirtschaftliche Interessen vor den Erhalt intakter natürlicher Lebensräume stellt.

Stammt Corona vom Pangolin Schuppentier? Oder von einer Fledermaus? Offenbar hat ein Wildtier des Waldes die Krankheit auf den Menschen übertragen. Das ist naheliegend, denn eine große Anzahl aller Erreger, die Epidemien auslösen, stammt von Wildtieren. Die Virologin Sandra Junglen, die an der Berliner Charité Viren erforscht, die noch keinen Kontakt zu Menschen hatten, erklärt diesen Zusammenhang in einem Artikel in der Wochenzeitschrift der Freitag mit pragmatischen Worten: „Lebensräume und intakte Ökosysteme werden zerstört, Arten sterben aus und es gibt mehr Tiere einer Art, unter denen sich Infektionskrankheiten besser verbreiten können. Der Mensch zerstört in immer größerer Geschwindigkeit die ursprünglichen Lebensräume der Tiere und rückt ihnen zugleich immer näher auf die Pelle. Die Artgrenze kann von Viren so leichter überschritten werden.“

Die Entwaldung unserer Welt – aus Holzhunger, für Monokulturen, intensive Weidewirtschaft – verursacht Klimaschäden und ein dramatisches Artensterben. Entwaldung führt auch zur Übertragung von neuen Infektionskrankheiten von Tieren auf Menschen und ist damit ursächlich für Epidemien verantwortlich! Hier einige Beispiele:

- Die Fledermäuse Westafrikas lebten ursprünglich in Urwäldern, die jetzt für den Anbau von Kakao in Monokulturen zerstört werden. Durch die Zerstörung ihrer Baumhöhlen, suchen sich die Fledermäuse zunehmend Quartiere in urbanisierten Gebieten. In einem dieser Gebiete fanden Forscher*innen vor einigen Jahren im Blut einer Fledermaus Bestandteile des Genoms des Zaire-Ebola-Stammes.

- Eine in einem Teil des brasilianischen Amazonas durchgeführte Studie stellte nach einer Entwaldung des Gebietes um vier Prozent innerhalb von drei Jahren einen Anstieg des Malariarisikos um 50 Prozent fest.
- Doch nicht nur in den tropischen Urwäldern erhöht sich die Gefahr der Übertragung von Infektionskrankheiten durch Entwaldung. 2017 war die Verbreitung der Lyme-Borreliose in Nordamerika auf neuem Rekordniveau. Neben der Klimaerwärmung wird der engere Kontakt zwischen Menschen und Überträger-Tierarten, wie Hirschen und Mäusen als Ursache betrachtet. Deren Populationen stiegen im Zuge der Urbanisierung und Landumnutzung an.

Stabile alte Waldökosysteme als Prävention für Epidemien

Ähnlich wie zur Milderung der Klimakrise sind die Wälder der Welt auch echte Tausendsassa, um Epidemien vorzubeugen! In einem artenreichen Ökosystem haben Tiere eigene Lebens- und Jagdräume, regulieren sich die Populationen der Arten untereinander und haben Krankheiten eine entsprechend geringere Übertragungsrate.

Doch nicht nur in Bezug auf die Infektionswege von Tier zu Mensch ist der Waldschutz ein relevanter Faktor für die Prävention von Pandemien. Neueste Untersuchungen beschreiben einen Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung durch Feinstaubpartikeln und der Übertragung von Infektionskrankheiten. Das Corona-Virus hätte sich aufgrund der starken Feinstaubbelastung in Norditalien in solch einer Geschwindigkeit und Anzahl verbreitet. Gibt es effektivere Feinstaubfilter als Wälder? Sie sind die einzigen und dabei unglaublich effektiven natürlichen Filtersysteme der Landökosysteme.

Der Zusammenhang zwischen der Verbreitung von Infektionskrankheiten und Entwaldung ist ein weiteres Mosaikstück, das uns als Weltgesellschaft auffordert, endlich achtsam mit unseren letzten intakten Ökosystemen umzugehen und eine sozial-ökologische Wende einzuleiten. Waldnaturschutz ist Epidemie-Prävention.

Jana Ballenthien, ROBIN WOOD- Waldreferentin

Klimaprotest in Corona-Zeiten

7. April 2020: Zum Weltgesundheitstag machten ROBIN WOOD-Umweltaktivist*innen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit kreativen Mitteln auf die drohenden Folgen der Klimakatastrophe aufmerksam. Die Aktivist*innen hängten an verschiedenen Orten Plakate auf, die gemeinsam den Satz ergeben: „Corona ist nur ein Vorgeschmack auf die Klimakrise“. Die Aktion dokumentierten sie per Video, das sie auf den social media-Kanälen von ROBIN WOOD verbreiteten, <https://bit.ly/2Xhjdme>. ROBIN WOOD fordert, mit den Milliarden an öffentlichen Geldern zur Bewältigung der Corona-Krise die Gesellschaft konsequent sozial-ökologisch umzugestalten.

Die Corona-Krise verdrängt zurzeit alle anderen Themen von der politischen Agenda und aus den Medien. Massive politische Eingriffe in die Grundrechte sowie in die Wirtschaft werden derzeit – schnell und weitgehend ohne Debatte – umgesetzt, um die Pandemie aufzuhalten. Jeden Tag sterben Menschen an Covid19. Daher leuchtet es ein, dass die Gesellschaft diese Einschränkungen in Kauf nimmt.

Im Kontrast dazu tritt besonders deutlich hervor, wie wenig die Regierungen bisher gegen die Klimakrise getan haben. Dabei ist der Klimawandel eine globale Gefahr mit ebenfalls tödlichen Folgen. Die internationale Klimaforschung hat erdrückende Belege dafür, welche verheerenden Folgen ein weiterer globaler Temperaturanstieg, insbesondere für

die Menschen des globalen Südens, haben wird. Extremwetterereignisse wie Hitze, Dürren und Überschwemmungen rauben schon jetzt Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage, und werden weiter zunehmen. Daher muss jetzt verhindert werden, dass nach der Corona-Krise für Unternehmen, etwa aus der Automobil- und Energiebranche, Umweltauflagen gelockert werden, um den Aufschwung zu fördern – und damit das Wachstum ausgerechnet der fossilen Branchen anzukurbeln, die am stärksten zur Klimakatastrophe beitragen.

Stattdessen sollte die Gesellschaft aus der Pandemie- und der Klimakrise lernen: Machbar und nötig sind insbesondere eine Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien, der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel und aufs Rad, die Verlagerung von Flügen bis 1.000 Kilometer auf die Schiene und Verkehrsvermeidung, etwa durch regionale Produktion von Lebensmitteln. Zudem muss – auch mit Blick auf den Artenschutz und die Vorbeugung weiterer Pandemien – die Zerstörung von Wäldern gestoppt werden.



Klimawandel – schneller als die Polizei erlaubt

Hamburg, 21. Februar 2020: Es war wieder soweit. Viele junge Menschen gingen am Freitag auf die Straße, um laut zu sein. Laut für Hamburgs Klimapolitik, die sich JETZT ändern muss! Darauf machten laut Fridays for Future 60.000 Teilnehmende, darunter auch ROBIN WOOD-Aktive, vor der Bürgerschaftswahl mit vielen bunten Schildern und Sprechchören aufmerksam. Zwei ROBIN WOOD-Aktivist*innen seilten sich von einer Brücke ab, zwischen sich ein Banner mit der Aufschrift „Klimawandel – schneller als die Politik erlaubt!“. Denn in Hamburg qualmt noch immer das Kohlekraftwerk Moorburg, es sollen Wälder abgeholzt werden und der Flughafen wird ausgebaut. All dies belastet das Klima. Deshalb fordern wir: Hamburgs Klimapolitik muss sich JETZT ändern!



Foto: Ute Bertrand



Protest in Brüssel am 4. Februar 2020

Rumänische Urwälder retten!

Protest bei der Waldkonferenz in Brüssel

Brüssel, 4. Februar 2020: Anfang Februar fand in Brüssel die erste Waldkonferenz der Europäischen Kommission statt. Expert*innen von NGO, aus Politik, Wirtschaft und Forschung diskutierten dort über die Zukunft europäischer und internationaler Wälder. Der Ansatz der neuen europäischen Waldstrategie ist gut: Zerstörte und beschädigte Wälder sollen wieder aufgeforstet und ökologisch aufgewertet werden. Aber diese Maßnahmen machen wenig Sinn, wenn nicht gleichzeitig noch verbliebene hochwertige Wälder effektiv geschützt werden.

Hier muss die EU in ihren Zielen und Maßnahmen dringend nachbessern! Bisher hält die illegale Zerstörung wertvoller rumänischer Urwälder ungebremst an.

Deswegen nutzte ROBIN WOOD die Konferenz, um auf europäischer Ebene auf die Wichtigkeit des Erhalts bestehender Natur- und Urwälder aufmerksam zu machen.

Mit ungefähr 20 Aktivist*innen von ROBIN WOOD und zahlreichen europäischen und internationalen Waldnaturschutz-NGO entfalteten wir ein 50 Meter langes Banner vor dem Hauptsitz der EU-Kommission: „Save European Primary Forests!“ Mit Bärenkostümen und Kettensäge inszenierten wir ein Aufsehen erregendes Straßentheater und führten der Kommission die tägliche Zerstörung in den Natur- und Urwäldern Europas vor Augen.

Elisabeth Klingberg, ROBIN WOOD

Urwald in Rumänien kahlgeschlagen

Iardastita-Urwald, Baile Herculane, Rumänien, 4. März 2020:

Anfang März schlugen unsere Partnerorganisationen in Rumänien Alarm: Kahlschläge in den Buchen-Urwäldern für den Bau einer transnationalen Hochspannungsleitung! Eine kleine Gruppe von ROBIN WOOD-Aktivist*innen machte



Fotos: ROBIN WOOD

sich sofort auf den Weg, um gemeinsam vor Ort gegen diesen Raubbau zu protestieren. Auf einer schonungslos in den Hang geschlagenen Straße organisierten wir mit den Aktivist*innen vor Ort unsere Aktion. Der unaufhörliche Regen und das 50 Meter lange, neongelbe Banner unterstrichen die Dramatik der Situation und der dort stattfindenden Ereignisse.

Bereits am Tag vor der Aktion erkundeten wir das Terrain. Wir liefen durch den ursprünglichen Wald und standen plötzlich auf einem kahlgeschlagenen Plateau. An dessen Rand konnten wir die Arbeiten und den Abtransport der alten Bäume direkt beobachten. Diese Eindrücke waren sehr erschreckend. Die Rodungen fanden schon seit Wochen mit einer ungeheuerlichen Geschwindigkeit statt, um möglichen Einschränkungen durch die EU zuvorzukommen. Wir müssen unbedingt die letzten wilden Urwälder Europas schützen! Nicht noch mehr Bäume dürfen der Profitgier zum Opfer fallen!

Lesen Sie mehr zum Hintergrund der Aktion und den rumänischen Urwäldern ab Seite 14 dieser Magazinausgabe.

Lea, ROBIN WOOD



Iardastita-Urwald, Rumänien, 4. März 2020

Rettet Hamburgs Wälder!

Hamburg, 14. Februar 2020: Unter dem Motto „Rettet Hamburgs Wälder“ gingen eine Woche vor den Bürgerschaftswahlen viele Menschen auf die Straße, um sich für den Erhalt von wertvollen Hamburger Ökosystemen wie dem Vollhöfner Wald und dem Heimfelder Moor einzusetzen. Um weiteres Artensterben zu verhindern, müssen Profitinteressen von Unternehmen dem Naturschutz untergeordnet werden. Es dürfen keine weiteren Wälder abgeholzt werden – weder für Hafenerweiterungen noch für den Ausbau eines Mercedes-Werkes oder einer Autobahn!

Zur Demo rief die „Klimaschutzinitiative Vollhöfner Wald“ auf und ROBIN WOOD-Aktivist*innen zeigten ihre Meinung auf einem Banner. Vor dem Rathaus kletterten sie auf zwei hohe Laternen und spannten ein Banner mit der Aufschrift „Ruhe im Wald! Waldnaturschutz vor Profit!“ Außerdem hielt unsere Waldreferentin Jana Ballenthien eine Rede. Klar ist: Der Erhalt des Stadtgrüns und einzigartiger Biotope muss in Hamburgs Klimapolitik durchgesetzt werden! Wir können es uns als Gesellschaft nicht mehr leisten, Waldflächen für die Industrie zu opfern! Am 23. April 2020 veröffentlichte ROBIN WOOD gemeinsam mit 17 Initiativen eine Erklärung um Hamburgs letzte Wildnis zu retten: www.vollhoefnerwald.de/pdf/Gemeinsame_Erklaerung_Zukunft_Vollhoefner_Wald.pdf



Foto: Jana Ballenthien



Foto: Stephan Röhl

Kraftwerk Datteln 4: Unnötig und schädlich für die Energiewende!

Berlin, 16. März 2020: Mit einer Kletteraktion protestierten ROBIN WOOD-Aktivist*innen vor der finnischen Botschaft in Berlin gegen die geplante Inbetriebnahme des Steinkohlekraftwerks Datteln 4. Die Aktivist*innen spannten ein Banner mit der Aufschrift „How dare you? – Stop Datteln 4“ zwischen Fahnenmasten vor dem Botschaftsgebäude. Die finnische Regierung ist über den Energieerzeuger Fortum an dem Kraftwerksbetreiber Uniper beteiligt.

ROBIN WOOD hält Datteln 4 für eine klimapolitische Bankrotterklärung und einen Bremsklotz für die Energiewende. Statt eines neuen fossilen Großkraftwerks müsse jetzt zügig der Ausbau eines dezentralen Energiesystems auf Basis Erneuerbarer Energien vorangetrieben werden. Parallel zu der Kletteraktionen protestierten Aktivist*innen vom Bündnis Ende Gelände vor der Botschaft. Die Proteste liefen wegen der Corona-Pandemie nur in reduzierter Besetzung.

Am nächsten Tag fand die Jahreshauptversammlung von Fortum in Helsinki statt. Die finnische Regierung unter Premierministerin Sanna Marin hat sich den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben. Bis 2029 soll das skandina-

vische Land aus der Kohle aussteigen. An Datteln 4 wird sich zeigen, ob Sanna Marin Wort hält. Anders als vom Betreiber Uniper und NRW Ministerpräsident Armin Laschet zuletzt behauptet, würde die Inbetriebnahme von Datteln 4 laut Berechnungen des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zu einem zusätzlichen Ausstoß von zehn bis 40 Millionen Tonnen CO₂ gegenüber dem ursprünglichen Abschaltplan der Kohlekommission führen. Dabei ist schon dieser Kohleausstiegsplan viel zu lasch und eine Absage an internationale Klimagerechtigkeit.

Zusätzlich zum enormen CO₂-Ausstoß würde die Inbetriebnahme von Datteln 4 auch zu einem weiteren Import von Steinkohle führen. Und Steinkohle tötet – durch das Anheizen der Klimakrise sowie durch massive Zerstörung und Menschenrechtsverletzungen in den Abbaugebieten. Für den Profit weniger Unternehmen in den Industrieländern dürfen nicht weiter Millionen Menschenleben weltweit aufs Spiel gesetzt werden. Der Klimawandel wartet nicht auf das Ende der Corona-Pandemie. ROBIN WOOD wird weiter Druck für einen zügigen Kohleausstieg machen.

Aktiv für die Umwelt



Foto: ROBIN WOOD/Fux



Fotos: ROBIN WOOD

Aktiv werden? – ROBIN WOOD im Überblick

Darum geht's: Mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen mischt sich ROBIN WOOD öffentlichkeitswirksam in politische Debatten ein und streitet für eine umweltverträgliche und sozial gerechte Gesellschaft. Die Kampagnen-Schwerpunkte von ROBIN WOOD liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Klima, Energie und Mobilität.

Bundesweit organisieren sich ROBIN WOOD-Aktive in zahlreichen Regionalgruppen, siehe auch robinwood.de/Regionalgruppen. An Orten, an denen keine Gruppen bestehen, sind Neugründungen möglich. Die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg unterstützt die lokalen Gruppen

bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung und Pressearbeit und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Die themenspezifische Arbeit erfolgt überregional in Fachgruppen, unterstützt durch hauptamtliche Kräfte. Ziele, Inhalte und Forderungen der Aktivitäten im Fachgebiet werden dort diskutiert und im Konsens beschlossen.

Weitere Informationen über ROBIN WOOD gibt es im Internet unter robinwood.de. Kontakt: ROBIN WOOD-Bundesgeschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, 040 3808920, info@robinwood.de



ROBIN WOOD war 2019 und 2020 gemeinsam mit den Partnerorganisationen in Brüssel und direkt vor Ort in Rumänien für den Schutz der einmaligen Wälder aktiv



Fotos: ROBIN WOOD/Linckh



Foto: ROBIN WOOD

Krimi zwischen Horror und Hoffnung

Kampagne für den Schutz der rumänischen Natur- und Urwälder

Im Sommer 2019 spannten wir bei einer spektakulären Aktion ein riesiges Banner über eine tiefe Schlucht in den von Kahlschlag bedrohten rumänischen Urwäldern. Im vorletzten Magazin, der Ausgabe 143/4.2019, habe ich Ihnen davon berichtet. Wir protestierten gemeinsam mit unseren rumänischen und europäischen Bündnispartnern Agent Green und EuroNatur gegen den Ausbau einer Nationalstraße durch wertvolle Schutzgebiete in den rumänischen Karpaten. Vom Ausbau betroffen wären sowohl Natura 2000-Gebiete, die unter dem Schutz der Europäischen Union stehen, als auch Flächen des UNESCO-Weltnaturerbes zum Schutz der europäischen Buchenwälder. Die derzeitige rumänische Interimsregierung hat die Pläne zum Ausbau der Straße nun vorläufig eingestellt. Unsere Aktion hat ihren Teil dazu beigetragen. Ein großer Erfolg! Trotzdem blieben wir wachsam. Welche neuen, schockierenden Entwicklungen sich ereigneten, und welche hoffnungsvollen Erfolge unsere Kampagne seitdem hervorbrachte, erfahren Sie in diesem Artikel.

Im September wurde die Studie PRIMOFARO (PRIMary and Old-Growth Forest Areas of Romania) veröffentlicht. Dieser Studie zufolge wachsen in Rumänien immer noch mehr als 525.000 Hektar Natur- und Urwälder. Doch so hoffnungsvoll die neuen Zahlen auch sind, die Entwaldung der rumänischen Ur- und Naturwaldflächen schreitet rasant voran. Bis Ende 2019 geheim gehaltene Zahlen aus der Nationalen Forstinventur belegen nun, dass zwischen 2013 und 2018 jährlich 38 Millionen Kubikmeter Holz geerntet worden sind – rund doppelt so viel wie in den Waldmanagementplänen genehmigt waren. Die Regierung verheimlichte

das Dokument und die Missstände in der Waldwirtschaft wurden so gut wie nicht verfolgt.

Repression und Morde

Wenige Monate später erfuhren wir von zwei entsetzlichen Morden, die innerhalb eines Monats an den rumänischen Waldrangern Raducu Gorcioaia und Liviu Pop verübt worden waren. Beide waren in den Wäldern unterwegs, um illegale Waldfällarbeiten zu dokumentieren. Sie wurden misshandelt und ermordet. Raducu Gorcioaia und Liviu Pop sind nicht die einzigen Opfer der rumänischen Holzmafia. Allein 2019 gab es 16 Angriffe, 650 waren es in den letzten fünf Jahren. Darunter sind sechs Morde und unzählige schwere Verletzungen durch Hieb- und Stichwaffen.

Die Repression gegenüber Menschen, die sich in Rumänien für den Waldnaturschutz einsetzen, begegnete uns immer wieder während unserer Besuche in Rumänien. So hatten wir vor

Ort Kontakt zu Wissenschaftler*innen, die zwar mit uns als NGO zusammenarbeiteten, aber bei allen gemeinsamen Aktivitäten tunlichst darauf achteten, dass davon keine Foto- oder Videobeweise erstellt wurden. Und das aus gutem Grund. Denn in der Vergangenheit wurde eine Person sofort in eine andere Stadt versetzt, direkt nachdem sie auf Videos bei einer walddpolitischen Aktion zu sehen war.

Eine Person, die wir besuchten, wies uns eindringlich darauf hin, in der Nähe ihres Hauses keinerlei politische Symbole zu tragen und uns unauffällig zu verhalten, damit sie ihren Job nicht verlore. Eine andere, mit der wir sehr vertraut waren, begann uns plötzlich zu siezen, als staatliche Autoritäten in Hörweite waren. Sie gab uns damit zu verstehen, dass sie uns offiziell nicht kennen durfte. Wir konnten eine geführte Wanderung durch die Wälder erleben, wurden aber auch hier wieder darauf hingewiesen, von unserer Begleitperson keine Fotos oder Videos

In Rumänien befinden sich die größten zusammenhängenden Buchenurwälder unseres Planeten. Ihr Schutz muss oberste Priorität haben. Im Gegensatz zu den Wirtschaftswäldern überstehen sie seit Jahrhunderten jede Krise





Foto: Knut Hildebrand



Unsere letzten Naturwälder sind unsere Versicherung. Wir brauchen diese Ökosysteme! Sie speichern riesige Mengen CO2 und sind der Lebensraum unendlich vieler Arten

anzufertigen oder gar zu veröffentlichen – aus Angst vor einem Jobverlust. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Akteur*innen des Waldnaturschutzes international zusammenstehen. So verurteilte ROBIN WOOD gemeinsam mit einer überwältigenden Zahl von 50 internationalen NGO die Morde in einem Brief an die rumänische Regierung. Unsere rumänischen Bündnispartner*innen brauchen unsere Unterstützung!

Die EU muss aktiv werden!

Ende des Jahres 2019 ging ein Raunen durch Europa, als EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den sogenannten Green Deal ausrief. Ihr zufolge soll er nichts Geringeres leisten, als „unsere Wirtschaft wieder mit unserem Planeten in Einklang zu bringen“. Von der Leyen benutzte gar das Wort „Revolution“ und sprach von

einem europäischen „man on the moon moment“. Diese Hoffnung teilen wir nicht. Noch nicht.

Die zwei Werkzeuge, die den Green Deal walddpolitisch repräsentieren, sind die Biodiversitätsstrategie, die aktuell im zehnjährigen Turnus aktualisiert wird, und die neue europäische Waldstrategie, mit deren finaler Version im Herbst oder nun durch Corona verzögert spätestens Anfang nächsten Jahres zu rechnen ist. Bisher sind beide Strategien eher stumpfe Schwerter im Kampf für den Schutz der letzten verbliebenen Natur- und Urwälder Europas. Denn sie zielen vornehmlich darauf ab, forstwirtschaftlichen Bestrebungen einen ökologischen Anstrich zu geben.

Wir fordern hingegen eine starke europäische Waldstrategie, die es uns ermöglicht bereits bestehende Gesetze, wie Natura 2000, konsequent durchzusetzen. Wir fordern die Kartierung und den verbindlichen Schutz von Natur- und Urwäldern und die konsequente Verfolgung von Verstößen gegen Gesetze des Waldnaturschutzes! Dieses Ziel verfolgen auch unsere Bündnispartner EuroNatur und Agent Green, die gemeinsam mit Client Earth

im September letzten Jahres ihre erste Beschwerde gegen die rumänischen Behörden bei der EU-Kommission einreichten. Sie prangerten damit unter anderem die Kahlschläge in rumänischen Natura 2000-Gebieten an, die ohne adäquate Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Durch die Beschwerde wurden die Frevel in den Wäldern der Karpaten sichtbar. Alle EU-Kommissionsmitglieder, Mitglieder des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments sind nun informiert.

Waldnaturschutz zum Mittagessen

Die ersten Erfolge zeigten sich bei einer Lunchdebatte der Grünen-Fraktion des Europäischen Parlaments, zu der auch ROBIN WOOD Ende Januar 2020 eingeladen war. Wir trafen dort alte Bekannte, zum Beispiel den ehemaligen Forstinspektor Mihail Hanzu, ein Experte für die rumänische Waldmanagementpläne, der in seinem Berufsleben unzählige Male von Repressionen betroffen war. Mehrmals wurde er offen mit Mord bedroht, als „Volkschädling“ und als psychisch krank diffamiert, weil er das korrupte System der Forstwirtschaft nicht hinnehmen wollte.

Neben verschiedenen europäischen Waldnaturschutzorganisationen nahmen an der Debatte überraschend viele Mitglieder des EU-Parlaments teil. Noch vor Ort schlossen sie Koalitionen für eine gemeinsame Politik im Sinne des Waldnaturschutzes.

EU – Achtung, wir machen Druck!

Kaum zwei Wochen später waren wir mit über zehn unserer Aktiven erneut in Brüssel. Zum ersten Mal in der Geschichte des Vereins protestierten wir direkt vor dem Hauptsitz der EU-Kommission, also der europäischen Zentrale der Macht. In Sturm und Regen spannten wir unser 50 Meter langes Banner, das auch schon in den rumänischen Karpaten über der Schlucht hing. Diesmal hieß es leicht abgeändert „Save European Primary Forests!“ Mit Bärenkostümen, Kettensäge und Sägespänen führten wir über zwei Stunden lang ein aufsehenerregendes

Unterstützen Sie uns
bitte, um gemeinsam
die letzten europäischen
Urwälder zu retten.

Herzlichen Dank!



Fotos: ROBIN WOOD



ROBIN WOOD machte Druck in Brüssel. Kurze Zeit später gab es positive Entwicklungen auf EU-Ebene: Anfang Februar startete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren, in dem sie Rumänien aufforderte die illegalen Abholzungspraktiken zu unterbinden

Straßentheater auf. Menschen internationaler Naturschutzorganisationen, zum Beispiel aus Estland, den USA, Belgien, Brasilien, Tasmanien, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und Schweden unterstützten uns dabei. Diese Bündnisarbeit war ein bewegender Moment in unserer politischen Arbeit. Die stürmischen Winde zerrten am Banner und unterstrichen die Dramatik unserer Forderungen nach einem verbindlichen und konsequenten Schutz aller verbliebenen europäischen Natur- und Urwälder.

Parallel zu unserer Aktion begann die internationale Waldkonferenz, zu der die EU-Kommission geladen hatte. An den nächsten beiden Tagen konnte ROBIN WOOD-Waldreferentin Jana Ballenthien erleben, wie unsere Aktion die Inhalte der Konferenz spürbar beeinflusste. Unser Aktionsvideo ging durch die Reihen der Teilnehmenden. War zuvor das ohne Frage extrem wichtige Thema Bioenergie in aller Munde, so verschob sich der Fokus der Gesprächsthemen auf jedem Podium und in allen Gesprächen auf den Schutz unserer letzten europäischen Natur-

und Urwälder. So viel Rückhalt und die vielen neuen Netzwerke stärkten unsere Kampagne für die rumänischen Wälder.

Die EU schreitet ein

Kurze Zeit später gab es positive Entwicklungen auf EU-Ebene: Anfang Februar startete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren, in dem sie Rumänien aufforderte die illegalen Abholzungspraktiken zu unterbinden. Vier Wochen hatte die rumänische Regierung Zeit darauf zu reagieren. Bis jetzt gab es keine Reaktion. Auch dies wird vermutlich mit Corona begründet.

Je nach dem wie Rumänien reagieren wird, können unterschiedliche Schritte folgen. Die Kommission kann zum Beispiel vor den Europäischen Gerichtshof ziehen, der dann wiederum hohe Strafen für Rumänien im Falle weiterer illegaler Abholzungen verhängen könnte. Dass das Verfahren tatsächlich begonnen wurde, haben wir dem unermüdlichen Drängen aller Waldnaturschutzorganisationen zu verdanken, die das Thema auf EU-Ebe-

ne immer wieder zur Sprache gebracht haben. Es ist ein großer Schritt in die richtige Richtung und es ist unser gemeinsamer politischer Erfolg!

Rumänien rodet weiter – wir protestierten in den Karpaten!

Unsere Freude währte allerdings nicht lange. Mitte Februar dieses Jahres erreichte uns die Nachricht, dass der mehrheitlich staatseigene Energiekonzern Transelectrica den Bau einer Hochspannungsleitung plane, deren Schneise über 30 Kilometer durch 14 Schutzgebiete in den Karpaten verlaufen soll. Natura 2000-Gebiete und Gebiete, die selbst von der rumänischen Regierung als besonders schützenswerte „Virgin Forest“ kategorisiert wurden, seien betroffen. Ungefähr 100 Hektar hochgradig schützenswerte Natur und Urwälder würden der oberirdischen Hochspannungsleitung LEA (linie electrica aeriana) weichen müssen, die vom südlichen Portile de Fier über Resita einmal über die Karpaten bis ins nördliche Arad führen soll. Und das, obwohl alternative Streckenverläufe möglich sind.

Wir waren sehr überrascht, dass Rumänien trotz des laufenden Vertragsverletzungsverfahrens dieses Vorhaben verfolgte. Als wir dann hörten, dass Rodungsteams aus dem ganzen Land zusammengezogen wurden und alle gleichzeitig arbeiteten, war für uns klar, dass Rumänien noch schnell Tatsachen schaffen wollte. So sollte das Großbauprojekt in den streng geschützten Gebieten durchgezogen werden, bevor das Verfahren der EU-Kommission soweit fortgeschritten ist, dass jeder gefälltete Baum hohe Geldstrafen nach sich ziehen würde.

Mit Hochdruck begannen wir gemeinsam mit Agent Green eine Aktion für Ende März vorzubereiten, die in direkter Nähe zu den Holzfällarbeiten stattfinden sollte. Am 29. Februar erhielten wir dann einen Anruf, dass die Holzfällungen so rasant fortschritten, dass definitiv nicht damit zu rechnen sei, dass Ende März noch Bäume auf dem geplanten Streckenverlauf stehen würden. Wir mussten die Aktion vorziehen.

Kaum drei Tage später waren drei Aktive von uns in Rumänien, genauer gesagt im Iardastita-Urwald im Südwesten Rumäniens, und erkundeten die Gegend. Nach knapp 20-stündiger Autofahrt und wenig Schlaf wanderten wir die steilen Hänge der Karpaten hinauf auf das Plateau eines Berges. Was wir dort vorfanden, war ungeheuerlich. Die Schneise war gigantisch. Die Holzfällarbeiten waren in ihren letzten Zügen. Auch die letzten Bäume wurden gefällt und für den Abtransport vorbereitet. Gegen Ende des Tages fanden keine Arbeiten mehr statt und es war absehbar, dass an den Folgetagen auch keine mehr stattfinden würden. Wir waren zu spät.

Abends trafen sich rund 20 Aktive aus Rumänien und Deutschland. Trotz dem die Fällungen schon abgeschlossen waren, entschlossen sich alle zu einer Aktion am nächsten Tag. Gemeinsam wollten wir ein Zeichen setzen und die Vorgänge ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Und das gelang uns! Die Witterungsverhältnisse waren ähnlich dramatisch wie bei unserer Aktion in Brüssel. Auf den riesigen Forststraßen versanken wir förmlich im Matsch, und der Himmel gab alles, was er an Regen zu bieten hatte. Wir spannten unser altbekanntes, riesiges Banner, diesmal wieder mit dem Spruch „Save Romanian Primary Forests!“, über eine riesige Kreuzung im Wald. Die Aktivist*innen am Boden hielten über ein Dutzend weiterer Banner – unter anderem mit der Forderung: „Electric Power Line Portile de Fier – Resita NOT via National Parks“

(„Stromtrasse Fier – Resita NICHT durch Nationalparks“). Das aufsehenerregende Bildmaterial wurde als Video gestreamt und der Umweltminister, die Polizei und die lokalen Vertreter*innen der Forstbehörde Romsilva telefonisch informiert. Zweit- und Drittgenannte erschienen kurze Zeit später am Aktionsort. Die Vertreter*innen der Forstbehörde waren äußerst wortkarg und machten lange Gesichter, konfrontiert mit dem Vorwurf der Illegalität und unseren politischen Forderungen.

Die Polizei nahm jedoch nicht etwa die Personalien der Waldzerstörer, sondern die mehrerer Aktivist*innen auf. Wir werden sehen, wer sich am Ende juristisch verantworten muss. Die Rodungen für ein System, das einzig und allein auf Profit ausgelegt ist, müssen ein Ende haben!

Nach einem anstrengenden, aber sehr erfolgreichen Aktionstag hatten unsere drei Aktiven am nächsten Tag eine lange Rückreise vor sich. Fünf Tage nach dem alarmierenden Anruf waren alle wieder wohlbehalten zu Hause und haben damit eine weitere, äußerst bewegende Geschichte unseres Aktionsvereins geschrieben.

Corona verursacht nun auch in Rumänien eine schlimme Entwicklung in den Wäldern: Die Zahl der Lkw-Ladungen, die die Karpaten mit Holz verlassen, ist auf dem Höchststand. Sie haben freie Fahrt, denn durch das Homeoffice der Ranger ist das Risiko enorm gesunken, bei illegalen Abholzungen erwischt zu werden.

Petition zum Schutz der rumänischen Wälder: Machen Sie mit!

Im zweiten Halbjahr 2020 wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft innehaben. Damit übernimmt Deutschland und insbesondere Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner eine große Verantwortung für die Wälder Europas. Mit Ihnen gemeinsam wollen wir ihr das deutlich zeigen: www.robinwood.de/urwald

Diesem Magazin ist eine Petition beigelegt. Wir fordern darin von Ministerin Klöckner eine klare Position für eine starke europäische Waldstrategie und die verbindliche Umsetzung von Waldnaturschutzmaßnahmen:

- Natur- und Urwälder kartieren und verbindlich schützen!
- Illegalen Holzeinschlag stoppen!
- Verstöße gegen Gesetze des Waldnaturschutzes konsequent verfolgen!

Unterstützen Sie diese Forderung mit Ihrer Unterschrift. Herzlichen Dank!



Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin, wald@robinwood.de
Tel.: 040 380892-11

Anfang März 2020: Protest gegen erneute Rodungen in den Karpaten





Fotos: Dogwood Alliance

Enviva beutet Wälder nahe des Moccasin Creek in Nord-Ost-Carolina aus, um Holzpellets für die Energiegewinnung zum Beispiel in Europa zu exportieren

Desaster fürs Klima: Der Umstieg von Kohle auf Holz

Der in weiten Teilen Europas begonnene Kohleausstieg läuft zwar viel zu langsam, sollte aber trotzdem eine gute Nachricht für das Klima sein. Leider ist dies nicht immer der Fall, denn zunehmend werden in Europa Kohlekraftwerke nicht abgeschaltet, sondern auf andere kohlenstoffreiche Brennstoffe wie Holz und Gas umgestellt. Dass fossiles Gas den Klimanotstand anheizt, ist bekannt. Weniger bekannt sind die negativen Folgen, wenn von Kohle auf Holz umgestellt wird.

Das erste Land, das die Umstellung von Kohle auf Biomasse in Angriff nahm, war Großbritannien. Dort hat das britische Energieunternehmen Drax Group plc mehr als die Hälfte seiner Kraftwerkskapazität auf Holzpellets umgestellt. Pellets aus dem Frischholz langsam wachsender Bäume ist das einzige Biomasseprodukt, das in den meisten umgewandelten Kohlekraftwerken verbrannt werden kann. Das für die Pellets benötigte Holz wird komplett importiert, denn es wird jedes Jahr mehr Holz verbrannt, als das Vereinigte Königreich produziert.

Drax lässt für den Großteil seiner Pellets Laubwälder im Südosten der USA kahl schlagen. In einer Waldregion, die im Herzen eines globalen Biodiversitäts-Hotspots liegt. Laut der US-amerikanischen Naturschutzorganisation Dogwood Alliance „verwüestet das Unternehmen Enviva Biomass zehntausende Hektar Wald im Süden der USA und verschifft sie nach Übersee, um sie für schmutzige Biomasseenergie

zu verbrennen – und schadet damit unseren Wäldern, Gemeinden und unserem Klima bei jedem einzelnen Schritt dieser Lieferkette.“

Enviva ist weltweit der größte Holzpelletproduzent, der in Nordamerika wirtschaftet und eine wachsende Zahl von Energieunternehmen in Europa und darüber hinaus beliefert. Drax kauft nicht nur große Mengen Pellets von Enviva, sondern eröffnete auch eigene Pelletwerke in der gleichen Region. Das Holz stammt zum größten Teil aus Monokultur-Kiefernforsten.

Auf den ersten Blick klingt dies nach einer guten Alternative zur Abholzung artenreicher Wäldern. In Wirklichkeit dehnen sich die monotonen Baumplantagen in der gesamten Region auf Kosten der Tierwelt und der kohlenstoffreichen Wälder weiter aus. Die rasch wachsende Nachfrage nach Holzpellets wird die Situation nur noch verschlimmern.

Für das Klima macht es kaum einen Unterschied, wie oder wo Bäume



Mit dem Holz von Enviva hat das britische Energieunternehmen Drax mehr als die Hälfte seiner Kapazitäten auf Pellets umgestellt

für Bioenergie gefällt werden. 800 Wissenschaftler*innen erklärten in einem offenen Brief an die EU: „Selbst wenn die Wälder wieder nachwachsen dürfen, wird die Nutzung von gezielt für die Verbrennung geerntetem Holz den Kohlenstoff in der Atmosphäre und die Erwärmung für Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte erhöhen, selbst wenn es Kohle, Öl oder Erdgas ersetzt. Das zeigten viele Studien. Die Faktoren dafür sind grundlegender Natur und treten unabhängig davon auf, ob die Waldbewirtschaftung nachhaltig ist“.

Energie- und Pelletfirmen sprechen oft von der Verwendung von Reststoffen, aber es gibt nicht genug Sägewerksreste, um mehr als einen Bruchteil der Nachfrage von Drax und anderen großen Biomasseanlagen zu decken. Häufig deklarieren Unternehmen wie Enviva gesunde Bäume als Reststoffe, nur weil sie nicht die optimale Größe für Sägewerke haben. Und selbst wenn Sägewerksreste zur Energiegewinnung verbrannt werden, zeigt eine Studie, dass die Auswirkungen auf das Klima nicht mit der Aufgabe vereinbar sind, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Vorsicht vor der Umwandlung von Kohlekraftwerken in Biomassekraftwerke in Deutschland

Auch deutsche Energieunternehmen, insbesondere RWE in den Niederlanden, verbrennen große Mengen Holzpellets aus dem Südosten der USA. Aber auch in Estland werden Flächen kahlgeschlagen, um Pellets aus ganzen Baumstämmen aller Größenklassen herzustellen. Die Abholzungsrate Estlands liegt weit über der Rate, mit der in den Wäldern des Landes gespeicherte und gebundene Kohlenstoffanteil stabil gehalten werden könnte. Die dortigen Abholzungspraktiken schaden bedrohten und gefährdeten Arten wie dem Flughörnchen und dem Schwarzstorch erheblich.

Die Umstellung von Kohle auf Biomasse kann nicht ohne hohe Subventionen erfolgen. Die Subventionen für Drax belaufen sich auf 1,5 Millionen Euro pro Tag und das Unternehmen müsste

schließen, wenn dieser Betrag wesentlich gekürzt würde.

In Deutschland gibt es bisher keine derartigen Subventionen. Die Lobbyarbeit der Industrie hat jedoch bereits begonnen. Steag und RWE fordern bereits Subventionen. Vattenfall und VVG wollen die Umstellung der Anlagen in Hannover und Moorburg auf Holzpellets unterstützen. Da die Energiekonzerne Kompensationen für die Stilllegung von Kohlekraftwerken fordern, wird der Druck auf die Politik weiter wachsen, die Umstellung auf Biomasse zu subventionieren. Enviva sieht ein „realistisches“ Potenzial für bis zu vier Gigawatt coal-to-biomass-Umwandlungen.

Das sind zwar weniger als ein Fünftel der deutschen Kohlekapazität, aber es würde doppelt so viel Holz benötigt wie Drax bisher jährlich verbrennt. Die Folgen für die Wälder und das Klima wären verheerend und keinen Deut besser als bei der Kohleverbrennung.

Zusätzlich könnte eine Erhöhung der Kohlendioxidsteuer ein Anreiz sein, um Anlagen auf Biomasse umzurüsten, falls diese Steuer zwar Emissionen aus Kohle berücksichtigt, aber die Klimaauswirkungen der Verbrennung

von Holz zur Energiegewinnung im gleichen Zuge nicht veranschlagt.

Wenn der Ausstieg aus der deutschen Steinkohle zur Eindämmung der eskalierenden Klimakrise beitragen soll, muss dies viel schneller geschehen, als es die Regierung beabsichtigt. Auch muss die Klimabewegung dafür kämpfen, dass Kohlekraftwerke tatsächlich stillgelegt und nicht für die Verbrennung von Biomasse oder gar fossilem Gas umgebaut werden.

Wie das übrige Europa braucht Deutschland einen schnellen Übergang zu einer Niedrigenergie-Gesellschaft, die mit kohlenstoffarmen, sauberen Erneuerbaren Energien betrieben wird. Alle Energiesubventionen müssen für dieses Ziel eingesetzt werden.

Almuth Ernsting lebt in Schottland und ist Mitbegründerin der 2006 gegründeten Bioenergie-kritischen Organisation Biofuelwatch. Sie hat die Auswirkungen verschiedener Formen von Bioenergie untersucht und sich für energiepolitische Reformen eingesetzt: wie zum Beispiel die Hausisolierung und den Energieverbrauch zu verringern.



Protest von Biofuelwatch vor dem britischen Energieunternehmen Drax. Aber auch deutsche Energieunternehmen, insbesondere RWE, verbrennen große Mengen Holzpellets aus den USA und Estland

Wälder unter Druck

Warum die Bioökonomie unsere Biosphäre bedroht

Das Zeitalter der fossilen Rohstoffe neigt sich dem Ende zu. Die Menschheit wird verstärkt auf nachwachsende Rohstoffe zurückgreifen müssen. Für diese mit biogenen Ressourcen gespeiste Wirtschaft hat sich der Begriff Bioökonomie etabliert. Damit geraten auch die Wälder unter Druck, deren Holz für die Rohstoffversorgung der biobasierten Zukunft eine entscheidende Rolle beigemessen wird. Bioökonomie ist dann eine Chance, wenn es gelingt, den globalen Rohstoffverbrauch drastisch zu verringern und die wachsenden sozialen Ungerechtigkeiten zu überwinden.

Die natürlichen Grenzen unseres Planeten erreichen zunehmend das Zentrum der politischen Debatte. Der Klimawandel bewegt Millionen Menschen rund um den Globus. Brasiliens brennende Regenwälder sind im Hinblick auf das globale Klima heute längst keine nationale Angelegenheit, sondern auch ein Thema für die Weltgemeinschaft. Selbst die schwindende Artenvielfalt ist im Mainstream angekommen und mobilisiert im Bundesland Bayern 1,8 Millionen Wähler*innen beim Volksbegehren „Rettet die Bienen“. Gleichzeitig werden große Teile der Bevölkerung von enthemmten Markt-

kräften vor sich her getrieben, was eine zunehmende Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche nach sich zieht. Das Primat der Politik gerät dadurch ins Wanken, weil unklar ist, wie die heutige Profitökonomie noch wirksam eingehegt werden kann.

Eine weitere Folge davon ist, dass die gesellschaftlichen Fliehkräfte sich dramatisch steigern und einen globalen Verteilungskampf in Gang gesetzt haben, dessen Ende noch nicht abzusehen ist und der die internationale Ordnung zunehmend destabilisiert. Scheinbare Gewissheiten wie sozialer Frieden oder Demokratie fühlen sich in Industriestaaten wie der Bundesrepublik auf einmal seltsam brüchig an.

Der Globus ist schon mehrfach verbucht

Hart gerungen wird auch um den fairen Zugang zu den Ressourcen Ackerland und Boden. Hier ist es zu der grotesken Situation gekommen, dass voneinander unabhängig geführte Zukunftsdebatten über Klima, Artenvielfalt oder Bioökonomie die Erde zusammengenommen schon mehrfach verplant haben: Während ein Prof. Crowther von der Technischen Hochschule Zürich

zusätzlich 900 Millionen Hektar Wald gegen den Klimawandel pflanzen will und es damit in die Tagesschau schafft, wollen andere Expert*innen 1.700 Millionen Hektar Schutzgebiete für die Artenvielfalt etablieren. Das steht wiederum im krassen Widerspruch, wie sich Bioökonomie-Strateg*innen die zukünftige Landnutzung der Erde vorstellen: Demnach soll die Erde in erster Linie zum Biomasseacker umgebaut werden.

Letztendlich stehen diese Szenarien in Konkurrenz zueinander. Daher sind demokratisch legitimierte Entscheidungen notwendig, was wann und wo mit der globalen Landfläche geschehen soll.

Kahlschlag für Bioökonomie

Auf der Suche nach Rohstoffen für eine zukünftige Bioökonomie wie Fasern, Ölen, Stärke und Holz geraten die globalen Waldökosysteme zunehmend in das Blickfeld. Wälder sollen für die zukünftige Rohstoffversorgung der Wirtschaft einen entscheidenden Beitrag liefern. Dabei sind die Waldökosysteme schon heute von der globalen Holznachfrage für Brennstoff, Konstruktionsmaterial, Stromproduktion oder Zellstoff für die Papierproduktion

Foto: ROBIN WOOD/Fenner

erschöpft. Allein die Expansionspläne der Zellstoffindustrie, die global über 10 Millionen Tonnen Produktionskapazitäten zusätzlich installieren wollen, übersteigen in Ländern wie Brasilien jedes verantwortungsvolle Maß. Wenn jetzt Holz ebenfalls Ausgangsstoff für bioökonomische Verfahren werden soll und hier zu vollkommen neuen Werkstoffen zusammengesetzt wird, dann ist fraglich, ob der Wald dieser steigenden Nachfrage überhaupt standhalten kann. Denn dieses Ökosystem ist nicht nur Holzlieferant, sondern ebenfalls Erholungs- und Lebensraum mit hoher Bedeutung für Naturschutz und Artenvielfalt.

Aus diesen unterschiedlichen Waldfunktionen ergeben sich Zielkonflikte bei der Nutzung, die demokratisch ausgehandelt werden sollten. Wälder, die für den Klimaschutz wachsen sollen, können nicht gleichzeitig die Industrie mit Rohstoffen versorgen. Auf den ersten Blick wird dann schnell klar, dass der Wald keine riesigen Holzmen gen für eine Bioökonomie liefern können.

Wenn garantiert werden soll, dass dieses Ökosystem all seine Leistungen in Zukunft auch erbringen kann, dann schrumpfen die Rohstoffpotentiale des Waldes erheblich.

Bei der Bioökonomie laufen verschiedene Debatten zusammen

Folgt man der Bundesregierung, dann ist Bioökonomie so etwas wie eine neue Weltformel, die viele Widersprüche

auflösen kann: Fossile und mineralische Rohstoffe werden durch biogene Ressourcen ersetzt und speisen eine Wirtschaft, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht und sich im Hinblick auf die planetaren Grenzen sowohl um Klimaschutz als auch um biologische Vielfalt kümmert. Kann das wirklich sein?

Die Bioökonomie wird ihre vollmundigen Versprechen nur halten können, wenn Ressourcen in Zukunft wesentlich sparsamer eingesetzt werden. Das fordern auch die Entwicklungs- und Umweltverbände. Die notwendige Transformation wird nur gelingen, wenn fossile Rohstoffe nicht einfach eins-zu-eins durch biogene ersetzt werden.

Das setzt veränderte Konsummuster, geschlossene Kreisläufe sowie stoffliche Kaskaden- und Mehrfachnutzung voraus. Im Widerspruch dazu will uns das derzeitige Wirtschaftsmodell „Zalando, Amazon & Co.“ mit Fast Fashion, Fast Food und sinnfreiem Konsum beglücken. Verantwortungsvolle Bioökonomie zu Ende gedacht würde daher auch an den Grundfesten unseres Wirtschaftssystems rütteln.

Davon ist bei regierungsoffiziellen Strategien bislang herzlich wenig zu spüren, weder in Deutschland noch in anderen Ländern der EU. Bei Land- und Forstwirtschaft sollen uns ausgerechnet jene Landnutzungsverfahren retten, die uns in die Krise geritten haben: Die Bioökonomie-Strategie der Bundesregierung vertraut auf indus-

trielle Agrar- und Forstwirtschaft, die aufgrund von Insektensterben, Fichtensterben und Nitrat im Grundwasser zu Recht in der Kritik stehen. Die fortschreitenden Ökonomisierung der Natur würde somit festgeschrieben. Natürlich ist der Regierungsapparat kein einheitlicher Block und es gibt auch mahnende Stimmen. Aber eine gut geölte Lobby aus Industrie und Großbauern hat die Oberhand und treibt voran, was vom Bundeswirtschaftsministerium unter den Namen „Industrielle Bioökonomie“ gefördert wird. Das spiegelt sich auch in der Forschungslandschaft wieder. Auf nationaler und europäischer Ebene haben Politik und Wirtschaft bereits finanziell großzügig ausgestattete Förderprogramme aufs Gleis gesetzt, die eher in Richtung Biotech als Biolandbau zeigen.

Begriffe wie Agrarökologie, naturnahe Forstwirtschaft und globale Verteilungsgerechtigkeit finden sich jedenfalls kaum im offiziellen Skatolog der Bundesregierung. Da passt es ins Bild, dass der industriennahe Bioökonomierat das Gentechnikgesetz unter Beschuss nimmt und lautstark dessen Aufweichung fordert. Das Beratergremium der Bundesregierung wünscht sich mehr Beinfreiheit in den Gentechniklaboren: Bei der Erforschung neuer genchirurgischer Verfahren wie CRISPR/Cas soll das Vorsorgeprinzip über Bord geworfen werden. Auch die industrielle Forstwirtschaft bringt Gen-Bäume als Rohstoffquelle für eine Bioökonomie in Stellung.

Die Waldökosysteme sind schon heute vom globalen Holz hunger nach Brennstoff, Konstruktionsmaterial, Stromproduktion und Zellstoff für die Papierproduktion ausgebeutet



Wichtige Weichenstellungen für Politik und Forschung werden weitgehend exklusiv in industriefreundlichen Fachkreisen gesetzt. Bis auf wenige Ausnahmen sind selbst die bundesdeutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände dort kaum eingebunden. Bei diesen wichtigen Zukunftsdebatten befinden sich die großen Wohlfahrts- und Sozialverbände ganz im Abseits. Dabei sind es vor allem die Bürger*innen mit wenig Geld, die sich keine günstige Ausgangsposition für eine Zukunft ohne Öl, Gas und Kohle erkaufen können. Eine breitere gesellschaftliche Mehrheit wird nur dann einen Wandel akzeptieren, wenn es dabei gerecht zugeht.

Dringend nötig ist daher eine breite gesellschaftliche Debatte, in welchen Rahmenbedingungen Bioökonomie in Zukunft stattfinden soll. Dieser Dialog kann aber nur gelingen, wenn die Politik ausreichend Ressourcen und Beteiligungsmöglichkeiten auch für kritische Stimmen bereitstellt.

Bioökonomie geht alle etwas an

Man kann Bioökonomie auch für eine Nebelwand aus der PR-Abteilung halten – fürs Greenwashing von Industrieriesen, die ansonsten mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen haben. Da es keine allgemein akzeptierte Definition von Bioökonomie gibt, könnten Monsanto und Co. ihre umstrittenen Produkte mit einer grünen Tarnkappe versehen: Aus Genmais würde eine bioökonomische Nutzpflanzenproduktion.

Zu befürchten ist, dass vor allem die Armen des globalen Südens die Zeche für eine verstärkte Biomasse-Nachfrage bezahlen müssen. Bioökonomie in einer Industrienation wie Deutschland kann nur funktionieren, wenn die Biomasse aus aller Welt importiert wird.

Schon heute reicht der Fußabdruck jede*r Bundesbürger*in nach Brasilien oder Indonesien, wo globale Konsumgüterriesen für Klopapier oder Schokoriegel Kleinbäuer*innen ohne verbriefte Landrechte vertreiben. Sollte zum Beispiel allein die Chemieindustrie in Zukunft Erdöl durch biogene Rohstoffe ersetzen, wird der Druck auf Menschenrechte und Ökosysteme im globalen Süden dramatisch steigen.

Weltweit wird auf industrielle Forstplantagen gesetzt

Global betrachtet steigen Forstplantagen zu immer wichtigeren Holzlieferanten auf und sind damit auch mögliche Eckpfeiler einer bioökonomischen Rohstoffstrategie. Es ist zunächst einmal wichtig, diese Industrielandschaften nicht mit Wäldern in einen Topf zu werfen. Eucalyptusäcker in Brasilien mit der Artenvielfalt eines Parkplatzes haben nichts mit der ursprünglichen Waldvegetation zu tun. In Südafrika werden Zellstoffplantagen auf Standorten errichtet, auf denen natürlicherweise Grasland vorkommt und die von daher vollkommen ungeeignet für das Anpflanzen von Bäumen sind. Zudem werden vor allem marginalisier-

te Bevölkerungsgruppen wie Landlose und Subsistenzbäuer*innen durch Forstplantagen aus ihren Lebensräumen verdrängt.

Dabei ist die Grundannahme der Bioökonomie, Waldrohstoffe effizient und innovativ zu nutzen, zunächst einmal eine gute Idee. Produkte biogenen Ursprungs lassen sich in der Regel einfacher in natürliche Kreisläufe integrieren und hinterlassen weniger problematische Schadstoffe bei der Entsorgung als Materialien aus der Erdölchemie. Der bei der Zellstoffproduktion entstehende Holzstoff Lignin könnte zukünftig nicht einfach für Prozesswärme verheizt werden, sondern wertvoller Ausgangsstoff für Konstruktionsmaterialien sein. Auch bioökonomische Verfahren, die Holz hochverdichten, haben vielversprechendes Potential, weil dadurch Stahl oder Beton substituiert werden können.

Die Euphorie für das neue Bio-Zeitalter birgt aber die Gefahr, ökologische Prinzipien bei der Waldbewirtschaftung hinten anzustellen und der Holzproduktion einseitig Vorfahrt einzuräumen. Die Konsequenzen, wenn wirtschaftliche Interessen den Wald im Griff haben, werden der bundesdeutschen Öffentlichkeit aktuell mit dem „Neuen Waldsterben“ vor Augen geführt. Aus dem Brotbaum der Forstwirtschaft, der Fichte, ist im Zeichen des Klimawandels der Problembaum geworden. Nichtsdestotrotz versuchen einflussreiche Waldfunk-

Das neue Bio-Zeitalter birgt die Gefahr, ökologische Prinzipien der Waldbewirtschaftung wie hier in Rumänien hinten anzustellen ...



Foto: Schickhofer

tionäre die Öffentlichkeit weiterhin von einer naturfernen Forstwirtschaft zu überzeugen. Das kommt auch bei der Bundesregierung gut an, die mit standortfremden trockenresistenten Baumarten die Rohstoffversorgung für eine zukünftige Bioökonomie gewährleisten will.

Was ein gesteigerter Bedarf von Holzbiomasse im Wald anrichtet, zeigt sich bereits heute bei der Stromproduktion mit Bioenergie. Stromriesen wie RWE, Uniper und Vattenfall sind dazu übergegangen, ihre alten Kohlekraftwerke zusätzlich mit Holz zu füttern und befinden sich auf globaler Einkaufstour. Die EU erkennt diesen Irrsinn als Klimaschutzmaßnahme an und in vielen europäischen Ländern entstehen jede Menge neue Holzkraftwerke. Die Holzpellets dafür kommen vor allem aus den USA, für die nach Erkenntnissen US-amerikanischer Umweltschutzgruppen auch schützenswerte Hartholzwälder kahl geschlagen werden. Europas Einstieg in die bioökonomische Energieproduktion führt andernorts zur Waldzerstörung und wird so bitter erkaufte.

Dass Environmental Paper Network, ein internationaler Zusammenschluss von Umweltorganisationen, geht davon aus, dass allein für die industrielle Stromproduktion in Zukunft weit über zehn Millionen Tonnen Holz zusätzlich geschlagen werden müssen. Neben Europa setzen auch Japan und Südkorea verstärkt auf Holz als Brennstoff für ihre Kraftwerke.

Die bundesdeutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände, darunter auch ROBIN WOOD, die sich im „Zivilgesellschaftlichen Aktionsforum Bioökonomie“ zusammengeschlossen haben, fordern:

- Der Ressourcenverbrauch sollte in allen Bereichen der Wirtschaft deutlich verringert werden. Nur dann kann der Bedarf an biologischen Rohstoffen nachhaltig gedeckt werden – ohne Artenvielfalt und Weltklima weiter zu zerstören.
- Die Bioökonomie-Diskussion sollte für Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen geöffnet werden.
- Maßgebliche Anteile der milliardenschweren Forschungsgelder, die von der Bundesregierung voraussichtlich auch in Zukunft zur Förderung der Bioökonomie bereitgestellt werden, sollten zur Erforschung alternativer Konzepte jenseits der industriellen Markt- und Verwertungslogik verwendet werden. Die Förderung sollte u.a. auf Strukturen für eine sozial-ökologische Transformation, Agrarökologie und weitere naturverträgliche und sozial gerechte Konzepte abzielen.
- Die Bioökonomie-Förderung sollte nicht dazu führen, dass gentechnische Verfahren wie die Grüne Gentechnik durch die Hintertür und mit öffentlichen Mitteln vorangetrieben und eingeführt werden.
- Bioökonomie-Szenarien, die wesentlich auch auf den Import von Biomasse setzen, sollten grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Die globalen Holz- und Zellstoffgiganten haben die Zeichen der Zeit für sich erkannt und wittern im Fahrwasser der Bioökonomie-Debatte ein weiteres große Geschäft. Viele deuten darauf hin, dass Finnland sich zu einem Vorreiter der holzbasierten Bioökonomie entwickeln könnte. „Bioökonomie ist die Lösung“, so das vollmundige Versprechen des Forstkonzerns Metsä. Beim ebenfalls finnischen Konkur-

renten UPM-Kymmene klingt es nicht weniger großspurig: „Wir führen die Bioindustrie in eine faszinierende Zukunft“.

Die Konzerne erhoffen sich zum einen neue Vermarktungsmöglichkeiten für Produkte, die ohnehin schon produziert werden – wie Zellstoff, der nun auch Ausgangsstoff für Bioplastik sein könnte. Parallel investiert die Branche in sogenannte Bioraffinerien, die Holz

... und der Holzproduktion einseitig Vorfahrt einzuräumen



wesentlich feinteiliger aufschließen als eine Zellstofffabrik und damit als Rohstoff für die Chemieindustrie interessant machen.

Die finnischen Umweltschutzverbände sind deshalb alarmiert, weil in Zukunft bis zu 30 Millionen Kubikmeter Holz zusätzlich für bioökonomische Verfahren vor Ort eingeschlagen werden könnten. Das wäre eine Steigerung der finnischen Holzernte um fast 50 Prozent. In Deutschland sind ebenfalls erste Pilotanlagen, wie die Bioraffinerie in Leuna, in Betrieb und internationale Multis wie UPM-Kymmene stehen als Investoren für Anlagen mit größeren Kapazitäten in den Startlöchern.

Es ist wahrscheinlich, dass die Industrie auch im Bereich der Bioökonomie auf mögliche Kritik mit freiwilligen Zertifizierungsinitiativen antworten wird. Schon heute tummeln sich im Bereich der Bioenergie wenig glaubwür-

dige Ökosiegel wie das „Sustainable Biomass Program“. Die Vergangenheit zeigt, dass auch die Nachhaltigkeitszertifikate für Holz, Papier, Palmöl oder Soja die Expansion von Industrie-Plantagen auf Kosten von Naturwäldern nicht verhindern konnten. Diese Siegel funktionieren fast alle nach dem gleichen Strickmuster und geben vor, Betroffene und NGOs in einem Multistakeholder-Verfahren angemessen zu beteiligen. De facto setzt in den meisten Fällen aber die Industrie ihre ökonomischen Interessen durch. Die Entwicklungs- und Umweltverbände sind deshalb gut beraten, dieser Siegelstrategie bei der Bioökonomie nicht auf den Leim zu gehen.

Ausblick

Die Wirtschaftsordnung der Zukunft sollte zu einer gerechten Gesellschaft innerhalb der planetaren Grenzen

beitragen. Daran wird sich auch die Bioökonomie messen lassen müssen. Die Debatte darum muss raus aus Fachzirkeln und Hinterzimmern und rein in die Mitte der Gesellschaft. Dazu können die Entwicklungs- und Umweltverbände einen wichtigen Beitrag leisten, aber auch Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände sollten hier nicht im Abseits stehen.

Letztendlich werden beim Thema Bioökonomie wichtige Zukunftsfragen verhandelt – und die gehen Alle an.

*Peter Gerhardt ist Agraringenieur, Politologe und Geschäftsführer von denkhausbremen e.V. in Bremen sowie Projektleiter des Zivilgesellschaftlichen Aktionsforums Bioökonomie. Peter war viele Jahre Tropenwaldreferent bei ROBIN WOOD.
peter@denkhausbremen.de
www.denkhausbremen.de*

Der Ressourcenverbrauch muss in allen Bereichen der Wirtschaft deutlich verringert werden. Nur dann kann der Bedarf an biologischen Rohstoffen nachhaltig gedeckt werden – ohne Artenvielfalt und Weltklima weiter zu zerstören



Foto: Christian Offer

„Jede Portion hat ihren Preis“: Neue Bilder und Spots von ROBIN WOOD



Neue, beeindruckende Bilder verdeutlichen den Zusammenhang zwischen ungebremstem Fleischkonsum und Waldzerstörung. Sojaanbau für Tierfutter, das auch in Deutschland landet, sowie die Weidehaltung für die Produktion von Rindfleisch sind treibende Kräfte für die Waldvernichtung in Südamerika. ROBIN WOOD arbeitet seit vielen Jahren dazu, unter anderem mit der Kampagne „Kein Tropenwald im Futtertrog!“ Umso wichtiger in Anbetracht der nie dagewesenen Anzahl von Tropenwaldbränden im Amazonasgebiet 2019. Wir müssen dem Einhalt gebieten! Die Veranschaulichung

mit Hilfe der neuen Bilder wird hoffentlich dabei helfen: Die Serie „Jede Portion hat ihren Preis“ besteht aus drei Motiven (oben das Motiv „Steak“) und wurde zusammen mit der Agentur Serviceplan Campaign X entwickelt. In den nächsten Wochen werden wir mit Infos, Bildern und Spots auf facebook, twitter, Instagram sowie unserem Youtubekanal [youtube.com/robinwoodvideo](https://www.youtube.com/robinwoodvideo) auf die Thematik aufmerksam machen. Die „Hungry for destruction“-Motive werden bald auch als Freianzeigen sowie Poster zur Verfügung stehen.

envol Vert

Forêt

MACHE JETZT DEN WALD-FUSSABDRUCK® TEST!

UNSER TÄGLICHES KONSUMVERHALTEN HAT EINEN ENTSCHEIDENEN EINFLUSS AUF UNSERE NATÜRLICHEN WÄLDER. MACHE DEN TEST, UM DEINEN WALD-FUSSABDRUCK ZU BERECHNEN.

FR UK ES

STARTE DAS QUIZ

In Zusammenarbeit mit

ROBIN WOOD ARA

ENVOL VERT | ROBIN WOOD | ARA | WALD-FUSSABDRUCK® | KONTAKT | RECHTLICHE EINWEISE

Werden Sie aktiv! Unter waldfussabdruck.robinwood.de können Sie Ihren persönlichen Wald-Fußabdruck berechnen und erfahren, wie Sie ihn verringern können.

Teslas Giga-Fabrik in Brandenburg

Eine sozial-ökologische Verkehrswende sieht anders aus



Drohnenfoto des Waldes von Grünheide, der für den Bau der Tesla Giga-Fabrik in diesem Jahr gerodet wurde

Foto: iStock

*Ende letzten Jahres kündigte Tesla an, in der Gemeinde Grünheide südöstlich von Berlin die vierte so genannte „Gigafabrik“, ein großes Werk für Elektroautos, zu errichten. Zunächst einmal hatte die brandenburgische Landesregierung dem Autokonzern den roten Teppich ausgerollt. Tesla hatte schon im November bei der Brandenburger Landesregierung Fördermittel aus dem Topf der Regionalförderung beantragt, von denen vermutet wird, dass ihre Höhe weit mehr als 100 Millionen Euro beträgt. Das Werk soll im Juli 2021 in Betrieb gehen und zunächst die Elektrolimousine Model 3 und den Kompakt-SUV Model Y – sowie „künftige Modelle“ produzieren. Geplant ist, bei voll ausgelasteter Kapazität etwa 500.000 Elektroautos im Jahr vom Band rollen zu lassen. Doch bei aller politischer und öffentlicher Begeisterung für die Gigafabrik ließen auch kritische Nachfragen und Gegenwehr von Anwohner*innen, Umwelt- und Verkehrsverbänden nicht lange auf sich warten. Auch wir von ROBIN WOOD sehen die Tesla Gigafabrik sowie den Jubel aus Landes- und Bundespolitik aus mehreren Gründen kritisch.*

Auf der einen Seite vermissen viele Anwohner*innen eine Beteiligung und die Berücksichtigung ihrer Interessen. Teslas Verhandlungen mit der brandenburgischen Landesregierung – wie auch mit vielen anderen Regierungen – fanden im Geheimen statt, was von vielen Anwohner*innen deutlich kritisiert wird. Bei einem öffentlichen Treffen versprach der brandenburgische Wirtschaftsminister Steinbach von da an Transparenz und einen offenen Diskurs. Doch auch aktuell scheint die versprochene Transparenz und offene Informationspolitik weder von Tesla noch von der Kommunal- und Landespolitik umgesetzt zu werden.

Zwar läuft seit dem 6. Januar 2020 die öffentliche Auslegung des Berichts über die Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten Fabrik. Bei vielen Bürger*innen kommt dennoch die Befürchtung auf, dass hier aktuell eine Scheinbeteiligung umgesetzt wird, während Entscheidungen insgeheim bereits feststehen. Bemerkenswert ist etwa, dass noch während das öffentliche Beteiligungs- und Genehmigungsverfahren läuft, Tesla in nicht öffentlichen Gesprächen mit verschiedenen Umweltverbänden über die Ausgestaltung des Fabrikbaus verhandelt.

Außerdem strebt Tesla ein ungewöhnlich hohes Tempo bei den Verfahren zur Genehmigung und zum Kauf des Grundstückes an, sodass lokale Umweltorganisationen ein Schnellverfahren befürchten, in dem nicht alle Aspekte umfassend und mit Weitsicht geprüft werden. Etwa 90 der insgesamt 155 Hektar großen bewaldeten Fläche hat Tesla bereits für seine gigantische Fabrikhalle

roden lassen, und das in einem sehr hohen Tempo, da die Rodungssaison Ende Februar endete. Diese Waldfläche wurde zwar von einigen Seiten als ökologisch nicht besonders hochwertig eingeschätzt. Doch das zukünftige Tesla-Gelände liegt inmitten des ca. 230 km² großen Landschaftsschutzgebietes „Müggelespree-Löcknitzer Wald- und Seengebiet“. Das Gebiet ist gleichzeitig ein Trinkwasserschutzgebiet. Die öffentlich einsehbare Umweltverträglichkeitsprüfung prognostiziert einen sehr hohen Wasserverbrauch der geplanten Fabrik. Auch wenn Tesla diese Maximalwerte inzwischen nach unten korrigiert hat, stellt dies angesichts der vergangenen und zu erwartenden klimawandelbedingten Dürresommer in Brandenburg ein Risiko für die Brandenburger Landwirtschaft sowie für das Landschaftsschutzgebiet dar. Nach Gesprächen mit Umweltverbänden will Tesla den Wasserverbrauch nun durch Wiederverwertung von Abwasser und andere Kühlsysteme senken. Auch die neuen Planungen müssen jedoch kritisch begleitet werden, um das übermäßige Belasten des Grundwassers, der regionalen Trinkwasserversorgung und die damit verbundenen Risiken der Austrocknung zu vermeiden.

In den letzten Wochen bezogen sich viele lokale Umweltschützer*innen und Bürger*inneninitiativen mit ihrer Kritik und ihren Protesten vor allem auf die Standortwahl für die geplante Gigafabrik. ROBIN WOOD sieht es zwar einerseits ebenfalls kritisch, dass Bäume gerodet werden, während vor allem in den neuen Bundesländern viele bereits versiegelte Industriebrachen nicht

genutzt werden. Doch die Standortfrage ist für uns zweitrangig – denn auch unabhängig davon ist das Großprojekt aus verkehrs- und energiepolitischer Sicht kritikwürdig. Eine reine Antriebswende ist noch lange keine Verkehrswende. Auch wenn alle neu zugelassenen Pkw in Zukunft Elektroautos sein sollten, wird dies allein nichts daran ändern, dass Autos weiterhin wertvolle Flächen in Städten beanspruchen, wenn sie die meiste Zeit ungenutzt herumstehen und Straßen verstopfen, wenn sie genutzt werden.

Die Produktion von E-Autos benötigt zudem sehr viele Ressourcen, die bereits jetzt unter katastrophalen Bedingungen für Mensch und Umwelt in Ländern des Globalen Südens abgebaut werden. Der Abbau von Lithium für E-Autobatterien verstärkt zum Beispiel die massive Wasserknappheit in den kolumbianischen Abbaugebieten, die ohnehin schon vom Klimawandel angeheizt wird. Der Jubel über „grüne Jobs“ in Brandenburg greift also zu kurz. Wirklich grün wäre es, mehr und insgesamt bessere Jobs im öffentlichen Verkehrssektor zu fördern, etwa um Straßenbahnen zu bauen. Die Subventionen, die Tesla von der Brandenburger Landesregierung erhalten wird, wären also sinnvoller für eine echte Verkehrswende eingesetzt.

Darüber hinaus stellen Teslas E-SUV keinen Beitrag zu einer wirklich ökologischen Antriebswende dar. Tesla stellt vor allem große, schwere und schnell beschleunigende E-Autos her, die sich preislich an der gehobenen Mittelschicht orientieren. Ein großes E-Auto mit extremen Beschleunigungswerten und leistungsfähigen, daher schweren Batterien zu bewegen, verbraucht extrem viel Energie, Ressourcen und Platz – mit echtem Klimaschutz hat da weder die Unternehmensphilosophie noch die Kaufmotivation besonders viel zu tun. Fraglich ist in diesem Zusammenhang auch, wer sich denn überhaupt diese vermeintlich „nachhaltige“ autozentrierte E-Mobilität leisten kann. Verkehrswende darf kein Verteilungskampf um Status und Ressourcen werden, sondern muss Allen zugute kommen.

Nun bleibt dennoch festzustellen, dass eine autofreie Zukunft zwar wünschens-

wert wäre, es aber wahrscheinlich ist, dass wir bis dahin weiterhin auf einige Kraftfahrzeuge angewiesen sein werden. Für das Klima wäre es immerhin etwas besser, wenn die noch notwendigen Autos elektrisch statt von fossilen Brennstoffen betrieben werden – zumindest wenn der Strom dafür aus regenerativen Quellen stammt. Doch diese notwendigen E-Autos, die z. B. für Carsharing in ländlichen Räumen genutzt werden, sollten selbstverständlich so klein, ressourcenschonend, energie- und platzsparend wie möglich sein. Gerade Teslas Modelle sind also mit dem Ziel einer möglichst umweltverträglichen Antriebswende als Teil einer umfassenderen Verkehrswende nicht vereinbar.

Des Weiteren ist die Produktion von CO₂-armen E-Autos ohne den – möglichst sparsamen! – Einsatz Erneuerbarer Energien nicht denkbar. Aber Tesla plant zumindest in der ersten Bauphase in Grünheide kein Dach mit Solarzellen zur Stromerzeugung. Zwar hat Tesla verlauten lassen, dass der Strom in Grünheide zukünftig aus Solarzellen vom Werksdach kommen soll, die Erfahrungen mit Teslas Gigafabriken in Nevada und Shanghai legen jedoch die Vermutung nahe, dass der Bau nicht die höchste Priorität genießt. Dass grüne Bild, das Tesla von der Gigafabrik in Grünheide zeichnen will, muss daher hinterfragt werden. Ein weiterer Kritikpunkt aus verkehrspolitischer

Sicht ist, dass die Fabrik zusätzliche Personen- und Güterverkehrsströme verursachen wird. Aus dem Bericht der Umweltverträglichkeitsprüfung geht zum Beispiel hervor, dass im Normalbetrieb mit einem An- und Ablieferverkehr von ca. 463 Lkw pro Tag gerechnet wird. Legt man die im UVP-Bericht für den Betrieb angegebenen Zahlen des Güter- und Personenverkehrs zugrunde, würde sich der Verkehr auf der A10 um 35 Prozent erhöhen.

Hier gibt es noch viel Potenzial, diese Verkehrsströme erstens zu verringern und zweitens auf die Schiene zu verlagern. Tesla muss daher ein klimagerechtes Verkehrskonzept für das zusätzliche Verkehrsaufkommen entwickeln, um straßenverkehrliche Beeinträchtigungen in angrenzenden Siedlungen und Naturräumen größtmöglich zu vermeiden.

Im aktuell aufgeheizten Diskurs um eine „grüne Wirtschaft“ am Automobilstandort Deutschland bleibt schlussendlich festzuhalten, dass es Tesla genauso wie anderen Automobilunternehmen nicht um eine Dekarbonisierung der Wirtschaft oder des Verkehrssektors, sondern um Profit geht. Natürlich darf dabei nicht vergessen werden, dass alle Unternehmen unter systemischen Wachstums- und Profitzwängen stehen. Aber das vermeintlich „grüne Image“, das nicht nur Tesla, sondern auch die Elektroautomobilität insgesamt genießt, muss

gründlich hinterfragt werden, solange deren Produktion und Betrieb nicht möglichst klimaneutral und energiesparend gestaltet werden. Große, schnelle und schwere E-Autos werden uns nicht den Weg in die Zukunft weisen, denn die effizienteste Elektromobilität rollt jetzt schon auf der Schiene. Dabei ist nicht nur ein Umsteuern bei Tesla gefragt, auch die Landes- und Bundespolitik sollte ihre Subventions- und Verkehrspolitik in diesem Sinne überdenken. Die verfehlte Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte hat zu einer Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr geführt, die überwunden werden muss.

Wir brauchen daher sowohl eine echte Verkehrswende, die diesen Namen verdient, als auch einen grundlegenden sozial-ökologischen Strukturwandel für Regionen wie Brandenburg. ROBIN WOOD fordert dafür eine Abkehr von autozentrierten Verkehrssystemen und eine gerechte Mobilität für Alle, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Dies kann erreicht werden, indem dem Rad- und Fußverkehr Vorrang eingeräumt wird, aber auch durch Stärkung und Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, inklusive Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in diesem Bereich.

*Dominique Just, ROBIN WOOD-
Mobilitätsreferentin
verkehr@robinwood.de*

Wohin steuert Tesla?



Foto: Tesla

Energiewende im Verkehr

Mehr als eine bloße Antriebswende

Die Pariser Klimaziele erfordern, dass der Verkehrssektor bis 2050 klimaneutral wird. Elektroautos werden dabei seit einigen Jahren als die Lösung unserer Verkehrs- und Klimaprobleme angepriesen. Beim Autogipfel Anfang November 2019 im Kanzlerinnenamt hatte die Bundesregierung gemeinsam mit Spitzenvertreter*innen der Autoindustrie beschlossen, den Absatz von Elektroautos anzukurbeln, indem sie die vor drei Jahren eingeführte Kaufprämie verlängert und um eine Milliardensumme aufstockt. Beide Seiten haben vereinbart, beispielsweise den Verkauf von batterieelektrischen Fahrzeugen mit einem Netto-Listenpreis von 40.000 Euro künftig mit 6.000 statt bisher 4.000 Euro jeweils zur Hälfte zu unterstützen. Für Plug-in-Hybride soll es 4.500 statt bisher 3.000 Euro Zuschuss geben. Als weitere Säule für die Förderung von Elektro-Automobilität wurde der massive Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur beschlossen, den der Bund mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro fördern will.

Doch können Elektroautos einen echten Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrs und zu Klimagerechtigkeit leisten? Gerade der Zusammenhang zwischen Antriebswende und Energiewende lässt daran einige Zweifel aufkommen.

Solange der deutsche Strommix nicht grüner wird, werden Elektroautos nicht signifikant zu einer Senkung von CO₂-Emissionen beitragen. Ein Elektroauto kann laut aktuellen Berechnungen seine Klimavorteile im Vergleich zu einem Benzinverbrenner erst nach ca. acht Betriebsjahren ausspielen. Der Grund dafür ist, dass die Produktion eines Elektroautos doppelt so viel Energie verbraucht wie die Produktion eines Verbrenners gleicher Größe. Das liegt vor allem an der aufwendigen Produktion der schweren Lithium-Batterie. Durch die hohen Treibhausgasemissionen des deutschen Strommixes mit einem immer noch hohen Anteil konventioneller Energieträger (54 Prozent im Jahr 2019) dauert das jedoch relativ lange. Auch der Betrieb von Elektroautos ist noch nicht komplett „grün“: Wenn Elektrofahrzeuge mit Kohlestrom fahren oder mit virtuellen Ökostrom-Zertifikaten einfach nur grün angestrichen werden, kann von „Null-Emissions-Fahrzeugen“ also nicht die Rede sein. Elektro-Automobilität kann nur dann überhaupt umweltfreundlich sein, wenn richtiger Ökostrom genutzt wird.

Eine massive Elektrifizierung der Pkw-Flotte würde also einen deutlichen Ausbau von Erneuerbaren Energien benötigen, wenn die Antriebswende tatsächlich zu einer

Dekarbonisierung beitragen soll. Denn erst mit regenerativ erzeugtem Strom weist das Elektrofahrzeug eine deutlich bessere Klimabilanz auf als alle anderen Antriebsarten. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Bedenken, dass der zusätzliche Energiebedarf durch eine massive Förderung von Elektro-Automobilität eine schnelle Energiewende sogar behindert. Denn ein Grundpfeiler der Energiewende ist – neben dem Ausbau regenerativer Energien – vor allem die Reduktion des Energieverbrauchs insgesamt. Ein simples „weiter wie bisher“ ist trotz der Nutzung postfossiler Energieträger also nicht nachhaltig – weder bei der Energieerzeugung noch im Verkehr. Daher müssen gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die zu einer drastischen Erhöhung des Energieverbrauchs führen, hinterfragt werden. Oft wird dabei das Gegenargument angeführt, dass die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien rasch zunimmt – zwischen 2010 und 2015 betrug der Zuwachs über 90 TWh. Das Bundesministerium für Umwelt geht davon aus, dass eine Elektrifizierung der gesamten deutschen Pkw-Flotte zu einem ähnlich hohen Anstieg im Stromverbrauch von ca. 90 TWh führt – allerdings pro Jahr. Dabei liegt auf der Hand, dass diese Energie dann an anderer Stelle fehlen könnte.

Was bei dieser Argumentation zusätzlich sehr oft übersehen wird, sind Rebound-Effekte der Elektro-Automobilität. Das bedeutet, dass die politische Förderung von Elektroautos auf mehreren Ebenen dazu führt, dass Klimaschutzeffekte durch veränderte Nutzungsmuster zunichte gemacht werden.

In Norwegen, wo Elektromobilität seit Jahren massiv gefördert wird, führt der Kauf eines Elektroautos dazu, dass der Anteil der Arbeitswege, die mit dem ÖPNV zurückgelegt werden, um durchschnittlich 82 Prozent zurückgehen. Dies ist vor allem auf einen mentalen Rebound-Effekt zurückzuführen: Als vermeintliche „Null-Emissions-Fahrzeuge“ versprechen E-Autos ein grünes Gewissen – und der Anteil der zurückgelegten Fahrten mit dem eigenen Auto nimmt paradoxerweise zu.

Außerdem zeigt eine Studie des Umwelt- und Prognose-Instituts e.V. (UPI), dass E-Autos aufgrund ihrer noch immer eingeschränkten Reichweite aktuell vor allem als Zweit- oder sogar Drittwagen gekauft werden. Letztendlich tragen sie also nicht zwingend dazu bei, dass weniger Energie für den Verkehr benötigt wird, sondern der Energiebedarf für den Verkehrssektor durch Rebound-Effekte zumindest mittelfristig sogar steigen wird.

Zusätzlich wird die Ausbaugeschwindigkeit regenerativer Energien aktuell politisch massiv gedrosselt, vor allem durch den Vorstoß, beim Ausbau von Windkraft eine Abstandregel von 1000 Meter einzuführen. Wo also soll der grüne Strom für Elektrofahrzeuge herkommen? Eine deutliche Senkung des gesamten Energieverbrauchs bleibt also ein wichtiges Ziel einer echten Energie- aber auch Verkehrswende. Daher ist zumindest fragwürdig, ob die reine Umstellung der deutschen Pkw-Flotte auf elektrische Antriebstechnik ohne eine Reduktion des Energieverbrauchs, zum Beispiel durch die konsequente Förderung von Alternativen zum motorisierten Individualverkehr, einen echten Beitrag zur klimagerechten Energie- und Verkehrswende leisten wird.

Zu bedenken ist außerdem die kritische Rolle der Ladeinfrastruktur für den Ausbau der Elektroautomobilität. Wenn E-Autos in Massen auf die Straßen gebracht werden sollen, muss es mehr Ladestationen geben. Anfang 2017 gab es in Deutschland insgesamt 20.295 Elektroladestationen, jedoch ist nur etwa die Hälfte davon öffentlich zugänglich. Die Anlagen befinden sich zudem überwiegend in Ballungsgebieten. In dünn besiedelten Regionen hingegen gibt es noch viele weiße Flecken. Viele E-Autos werden daher über Nacht an der heimischen Steckdose geladen – was zwischen 10 und 14 Stunden dauert. Hierbei wird auch klar, dass es Hausbesitzer*innen mit eigener Garage deutlich leichter haben, ihr E-Auto zuhause zu laden, als Mieter*innen in Mehrparteienhäusern. Ökologisch sinnvoll wäre es, wenn sich E-Auto-Besitzer*innen eine eigene Solaranlage für das Laden auf dem Dach installieren würden – doch mit einer Einspeisung dieser Energie ins Netz würden diese Menschen zumindest zum aktuellen Zeitpunkt deutlich mehr fürs Klima tun, weil damit die Nachfrage nach Kohlestrom verringert würde.

Das Stromnetz muss perspektivisch außerdem an eine höhere Nachfrage und zusätzliche Belastungen durch Ladevorgänge für Elektroautos angepasst werden, besonders auf Verteilnetzebene. Elektroautos verursachen zwar zusätzliche Lasten, können aber auch als flexibler Nachfrager zur Lastenvermeidung beitragen. Aktuell werden Elektroautos jedoch überwiegend nachts geladen, wenn gar kein Solarstrom zur Verfügung steht. Es braucht also Anreize für Autofahrer*innen, ihren Wagen dann zu laden, wenn der Ökostrom überschüssig vorhanden ist, zum Beispiel in der Mittagszeit. Eine sinnvolle politische Initiative könnte daher die stärkere Förderung von Lademöglichkeiten am Arbeitsplatz sein. Oft wird auch ins Spiel gebracht, dass E-Autos als flexible Speicher einen Beitrag zur Netzstabilität leisten können. Da sie aber nur ein sehr geringes Speicherpotenzial aufweisen, können Batterien in E-Pkw nur einen begrenzten Beitrag zur Energiespeicherung im Rahmen eines Lastmanagements leisten.

Ein weiteres Problem ist das Gewicht der Batterien – denn obwohl es bereits technologische Fortschritte gab, kann in einer Lithium-Batterie bei gleichem Gewicht immer

noch siebzig mal weniger Energie gespeichert werden als in Benzin oder Diesel. Deutlich effizienter wäre es, wenn nicht jedes Fahrzeug die eigene Energie in Form einer Batterie mitführen müsste – die auch mit steigender Leistung und Reichweite immer schwerer wird und somit einen paradoxen Effekt in Gang setzt. Denn mit steigendem Gewicht muss wiederum mehr Energie verbraucht werden, um das Fahrzeug zu bewegen. Die seit über einem Jahrhundert existierende Elektromobilität in Form von Zügen, Straßenbahnen, U-Bahnen und Oberleitungsbussen hat dieses technologische Dilemma längst gelöst. Diese sind dadurch wesentlich energieeffizienter und klimafreundlicher – auch weil wesentlich mehr Menschen oder Güter pro Fahrzeug bewegt werden können.

Eine massive Förderung von E-Automobilität kann nur ein halbherziger Beitrag zur Energie- und Verkehrswende sein. ROBIN WOOD fordert daher eine echte Verkehrs- und Energiewende, die nicht allein durch eine Antriebswende erreicht werden kann. Wir müssen unsere Verkehrsleistung insgesamt reduzieren, um auch unseren Energieverbrauch zu senken. Damit der Ökostrom für den Verkehrssektor reicht, muss die verbleibende Mobilität außerdem effizienter organisiert werden, zum Beispiel mit Straßenbahnen. Dennoch werden wir trotzdem nicht um eine Antriebswende herumkommen – denn auch in Zukunft wird es unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse geben, und es ist vollkommen klar, dass diese nicht mit klimaschädlichen Verbrennern gedeckt werden sollten. Diese verbleibende, gesellschaftlich notwendige Produktion von E-Autos sollte mit einer konsequenten Umstellung auf Erneuerbare Energien einhergehen – sowohl für die Produktion als auch den Betrieb von Elektroautos.

Gleichzeitig ist es sozial und ökologisch nicht sinnvoll, die gesamte deutsche Pkw-Flotte von 47 Millionen Autos elektrifizieren zu wollen. In einer klima- und flächengerechten Welt brauchen wir insgesamt wesentlich weniger Autos. Um den Energieverbrauch nicht noch weiter in die Höhe zu treiben, müssen die verbleibenden E-Autos und deren Batterien außerdem so klein, leicht, ressourcenschonend und energieeffizient wie möglich sein und möglichst nicht (nur) der individuellen Mobilität zur Verfügung stehen, sondern z.B. in Form von Carsharing gemeinsam genutzt werden können. Gerade in ländlichen Regionen, wo Elektroautomobilität auch in Zukunft eine sinnvolle Ergänzung zu einem klimagerechten Verkehrsmix darstellen könnte, müssen Ladekapazitäten außerdem ausgebaut werden. Für eine echte Verkehrswende müssen aber vor allem Alternativen zum motorisierten Individualverkehr sowohl in der Stadt als auch auf dem Land massiv gefördert werden. Kaufprämien für privat genutzte E-Autos sind daher für das Erreichen der Klimaziele im Verkehr ungeeignet – stattdessen wäre eine klimafreundliche Mobilitätsprämie wünschenswert, die z.B. für die Bahncard100, das ÖPNV-Jahresticket oder ein Lastenrad verwendet werden kann.

Dominique Just, ROBIN WOOD-Mobilitätsreferentin

Wald statt Asphalt

Mitten in Hessen im Vogelsbergkreis, zwischen Stadtallendorf und Homberg an der Ohm, liegt das kleine Dorf Dannenrod, umgeben von Feldern und drei großen Wäldern, dem Dannenröder Wald, dem Herrenwald und dem Maulbacher Wald. Ein großer Teil dieser Region ist ein Trinkwasserschutzgebiet, das auch Teile der hessischen Metropole Frankfurt mit Wasser versorgt. Seit über 40 Jahren gibt es Pläne der Landesregierung hier eine Autobahn zu bauen. Die A49 soll als neue Hauptverkehrsverbindung zwischen A5 und A7 vor allem den europäischen Warenverkehr ermöglichen.

Für den Bau sollen viele, teilweise sehr alte Laub- und Nadelbäume dem Asphalt weichen. Vom geplanten Ausbau profitieren vor allem zwei große Konzerne, der Süßwarenproduzent „Ferrero“ und der Autoteilezulieferer „Fritz-Winter“ mit großen Werken in Stadtallendorf. Doch auch ein großer Teil der Anwohner*innen wünscht sich eine Entlastung der Bundesstraße 62, die derzeit täglich mehrere tausend Lkw leitet, und steht hinter dem Autobahnausbau. Allerdings ist durch den Bau der Autobahn eher mit einem weiteren Zuwachs des Gesamtverkehrs zu rechnen und die bestehende Bundesstraße wird als Umleitung für eine chronisch überlastete Autobahn dienen.

Waldbesetzung gegen den Ausbau der A49

Genauso alt wie die Pläne für den Autobahnbau ist auch der Widerstand in der Region. Das Aktionsbündnis **Keine A49** setzt sich zusammen aus einigen Bürger*innen-Initiativen, die auf vielfältige Weise gegen die Umweltzerstörung im Gleental aktiv sind. Nachdem im Oktober letzten Jahres alle juristischen Wege ausgeschöpft und die Weichen für den Beginn der Baumfällungen unter der schwarz-grünen Landesregierung gestellt waren, konnte nur noch eine Besetzung der bedrohten Bäume einen weiteren Aufschub bewirken. Seitdem ist der Dannenröder Wald besetzt und

es wächst die Unterstützung der Anwohnenden und der seit langem im Widerstand aktiven Bevölkerung.

In Hessen ist es die dritte Waldbesetzung des Jahrhunderts: Im Kelsterbacher Wald sollte 2009 wieder einmal der viertgrößte europäische Flughafen in Frankfurt am Main ausgebaut werden. Dagegen gab es Protest – wie auch schon 25 Jahre zuvor beim Hüttendorf mit mehreren 10.000 Menschen gegen die Startbahn 18 West. Im Mai 2008, zwei Jahre nach dem Baubeschluss der Landebahn Nordwest im Kelsterbacher Wald, wurde ein Teil des betroffenen Waldes besetzt: mit Holzhütten und erstmals auch mit Baumhäusern. Im Januar 2009 begann die Räumung. Zehn Jahre später, im Januar 2018 wurde der Treburer Oberwald besetzt. Das neueste Großprojekt der Betreibergesellschaft Fraport AG, die größtenteils in Staatsbesitz ist, nennt sich „Terminal 3“, und die Bauarbeiten waren schon in vollem Gange. Was jedoch noch fehlte, war ein neuer Autobahnanschluss an die A5. Eine Verbindung der klimaschädlichsten Transportmittel: Flugzeug und Auto. Im November 2018 wurde die Besetzung unter einem massiven Polizeieinsatz geräumt und die Fläche gerodet.

Die Motivation zum Widerstand beschränkt sich bei vielen Menschen, die den Dannenröder Wald am Leben erhalten, nicht allein auf den Kampf

gegen den Autobahnausbau, sondern zielt auch auf die konkrete Umsetzung eines anarchistischen Freiraums ohne Hierarchien, heteronormative Gesellschaftsmodelle, Zwang und Gewalt mit dem Ziel der Freiheit jedes*r Einzelnen durch die Freiheit aller. Durch das Leben im Wald ist auch wieder viel Energie und Lebendigkeit in den Widerstand der Anwohnenden zurückgekehrt, die zum Teil schon vor der Übermacht von Regierung und Konzernen resigniert hatten. Dadurch sind auch Begegnungen entstanden und ein Austausch zwischen Menschen, die sich ansonsten nie kennengelernt hätten – eine unbeschreibliche Bereicherung für alle Seiten.

Dieser Ort ist also für Viele, egal ob kurz oder über längere Zeit, ein wichtiger Erfahrungsraum in ihrem Leben. Viele werden an diesem Ort sensibilisiert für die Einzigartigkeit der Erde mit ihrer komplexen Schönheit. Und das, was alle hier mitnehmen an Erfahrungen, Fähigkeiten und Beziehungen mit Menschen und Natur kann ihnen niemenschen nehmen! Die immer weiter voranschreitende Zerstörung von Lebensgrundlagen und der große Wille, dem gemeinsam entgegenzustehen, verbindet den Widerstand und die Utopien eines sozial-ökologischen Zusammenlebens weltweit mit dem Widerstand im Dannenröder Wald.

*Aktivist*innen aus dem Dannenröder Wald*



Der Widerstand gegen Waldzerstörung wächst: ob in Dannenrod oder anderswo

Mobilität für Alle!

Im September 2019 organisierte Carli* von ROBIN WOOD eine Fahrraddemo in Oldenburg mit und sprach anschließend mit der ROBIN WOOD-Mobilitätsreferentin Dominique Just.

Dominique: Wie war die Demo?

Carli*: Unsere Fahrraddemo unter dem Motto „Mobilität für alle“ war ein überwältigender Erfolg! Wir hatten mit 500 Menschen gerechnet, letztendlich nahmen aber dreimal so viele, also etwa 1500 Leute teil! Es war total schön zu sehen, dass so viele Menschen an einer Verkehrswende in Oldenburg interessiert sind.

Das Motto stand einerseits für eine Abkehr vom motorisierten Individualverkehr, gleichzeitig ist uns Inklusion ein zentrales Anliegen, wenn es um Mobilität geht. Daher war es nicht nur eine Fahrrad- sondern auch eine Rolli-Demo, bei der Rollstuhlfahrer*innen an der Spitze gefahren sind. Es gab einen Redebeitrag von Wiebke Hendeß, der sehr viel positive Resonanz ausgelöst hat. Es sollte bei unserer Demo, aber auch bei unserer Vision für die Mobilität der Zukunft nicht darum gehen, dass diese nur für fitte und gesunde Menschen zugänglich ist. Im Gegenteil: wir möchten allen Menschen Zugang zu Mobilität ermöglichen. Daher wollen wir als Fahrradfahrer*innen auch keine Behindertenparkplätze verdrängen. Das viel größere Problem sind SUV und andere Autos, die auf den Gehwegen

parken! Nicht abgesenkte Bordsteine sind für Radfahrer*innen oft ärgerlich – für Rollifahrer*innen aber eine echte Barriere. Daher muss sich auch bei der Stadtplanung vieles ändern!

? Mit wem hast du die Fahrraddemo organisiert?

! Die Demo wurde von einem Bündnis aus verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen organisiert. Viele Leute vom VCD, von der Critical Mass, Greenpeace, dem KlimaKollektivOldenburg und der lokalen Fahrradszene, der Initiative Verkehrswandel.de aber auch interessierte Einzelpersonen haben sich zusammengetan, um einen Aufruf im Vorfeld der großen Proteste gegen die IAA letztes Jahr zu starten, zu der es plötzlich bundesweit sehr viel Aufmerksamkeit für das Thema Verkehrswende gab.

? Welche Rolle hat ROBIN WOOD dabei gespielt?

! In Oldenburg gibt es zwar keine aktive ROBIN WOOD-Gruppe, aber ich habe als ROBIN WOOD-Aktivist Unterstützung vom Verein erfahren, zum Beispiel durch Skillsharing und Mobilisierung für die Demo. Durch die Selbstorganisation und das Teilen von Fähigkeiten und Erfahrungen bei ROBIN WOOD habe ich mich schnell getraut, Dinge in der Gruppe aber selbst in die Hand zu nehmen. Das ist sehr empowernd

zu sehen, wie man durch andere ROBIN WOOD-Aktionen schnell selbst das Handwerkszeug erlernt, etwas eigenes zu starten

? Dieses Jahr wollt ihr wieder eine Demo machen, richtig?

! Genau, dieses Jahr findet die Fahrraddemo am 12. Juli statt – und wir hoffen, dass bis dahin zumindest eine Fahrraddemo wieder möglich sein wird. Dieses Jahr wollen wir dabei noch größer werden und haben die Demo-Route um einen Abschnitt über die Autobahn verlängert, die dann für den Zeitraum gesperrt wird. Auch in diesem Jahr wollen wir wieder Menschen mit Einschränkungen dazu gewinnen und eine inklusive Demo auf die Beine stellen. Die Innenstadt-Route soll weiter rolligerecht sein.

? Was sind zentrale Herausforderungen im Verkehrsbereich in Oldenburg?

! Wir haben eine Website erstellt, auf der Oldenburger*innen ihre zentralen Forderungen im Verkehrsbereich direkt auswählen konnten. Sehr oft kam die Forderung, dass Radschnellwege gebaut und mehr Investitionen in die Radinfrastruktur fließen sollen. Viele Radwege hier sind nämlich alt und kaputt und es gibt nicht mal einen durchgehenden Fahrradschnellweg. Der Oldenburger Autobahnring ist fast von überall hör- und sichtbar, es gibt Feinstaubprobleme in der Innenstadt. Daher wurde oft gefordert, den Innenstadtring nur noch für Pkw-Einbahnverkehr zu nutzen: das wird nun auch im Verkehrsausschuss der Stadt diskutiert.

Wir fordern Mobilität und Platz für Alle – nicht nur für Leute, die mit ihren Autos Platz wegnehmen!

? Braucht ihr noch Unterstützung für die Demo?

! Ja, wir sind für die Demo noch auf der Suche nach Ordner*innen. Wer uns damit unterstützen möchte, meldet sich bitte unter: www.mobilol.de/ordnerinnen.



Foto: Creative Commons Fabiamm Steffens 4.0

Carli*, ROBIN WOOD, und Wiebke Hendeß bei der Oldenburger Demo: Mobilität für Alle

Let's deCOALonize

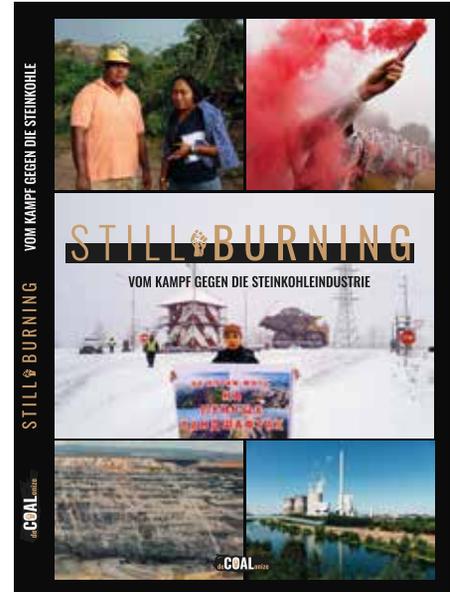
Steinkohlebroschüre bei ROBIN WOOD erhältlich

Während Braunkohle mit ihren riesigen Löchern und zerstörten Landschaften medial immer mehr Aufmerksamkeit bekommt, spielt Steinkohle in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland kaum eine Rolle. Seit 2018 wird 100 Prozent der in Deutschland verbrannten Steinkohle importiert.

Das Ende 2018 gegründete Bündnis deCOALonize will mit Aktionen und Informationskampagnen Aufmerksamkeit für die zerstörerischen Folgen der Steinkohle schaffen. Dafür wurde auch eine Broschüre von verschiedenen Klimagerechtigkeitsgruppen und ROBIN WOOD herausgegeben.

Die Broschüre „Still burning – Vom Kampf gegen die Steinkohle“ beschreibt die Bedingungen in den Abbauländern, den Transport und die Nutzung der Steinkohle und liefert Hintergrundinformationen zu Kraftwerksbetreibern, Kohlehäfen und Transportwegen der Kohle. Sie eignet sich sowohl zum Einstieg in das Thema als auch zur vertiefenden Recherche.

Sie können die Broschüre, A5, 150 Seiten, für 5,00 € zzgl. Versand online bestellen unter www.robinwood-shop.de oder bei der ROBIN WOOD-Geschäftsstelle, info@robinwood.de, Tel.: 040 380892-0.



Ökostromanbieter finden

Keine Lust mehr auf Atom und Kohle? Kaum etwas ist so leicht wie der Wechsel zu Ökostrom, um die Energiewende zu fördern. ROBIN WOOD hat mehr als 1200 Energieanbieter genau unter die Lupe genommen.

Gepprüft hat ROBIN WOOD nach folgenden Kriterien: Die Anbieter verkaufen ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energiequellen, sie sind – eigentumsrechtlich und auch in ihrem Strombezug – unabhängig von der Kohle- und Atomindustrie, und sie fördern die Energiewende zusätzlich durch den Bezug von Strom aus Neuanlagen oder durch feste Investitionsprogramme.

Dies gelingt zehn bundesweit tätigen Anbietern – und zwar: Bürgerwerke – Energie in Gemeinschaft, EWS – Elektrizitätswerke Schönau, Green City Power, Greenpeace Energy, Grün.Power, Mann Strom, Naturstrom, Ökostrom Plus und Polarstern und Strom von Föhr.

Der Ökostromreport 2020 ist kostenlos online zu finden unter www.robinwood.de/oekostromreport-2020. Er beinhaltet ausführliche Beschreibungen der empfohlenen Anbieter sowie eine Suchfunktion, mit der die Bewertungen aller untersuchten bundesweiten und regionalen Anbieter abgerufen werden können. Ergänzt werden diese Ergebnisse durch Hintergrund-Informationen zum Ökostrommarkt und zum Stromanbieterwechsel.



Vermächtnisse

Foto: Carina Krumm

Vermächtnisse für die Umwelt

Das Thema Erbschaften und Vermächtnisse ist ein sensibler Bereich. Dabei haben Vermächtnisse wenig mit dem Tod und sehr viel mit dem Leben zu tun.



Wenn Sie Fragen zum Thema haben, rufen Sie mich gerne an,
Angelika Krumm: 03332 511459

Für die Zukunft

Seit jeher gestalten viele Menschen weit vor ihrem Tod ihr Nachleben: In Form ihres Vermächtnisses für ihre Kinder und Kindeskinde, Nachbar*innen, Freund*innen, für die Menschen in ihrer Stadt und für die Menschen, die ihre Vision der Zukunft teilen. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, gehört sicher dazu. Dieses wichtigste Erbe der Menschheit so intakt wie möglich an die nächsten Generationen weiterzureichen, dafür setzt sich ROBIN WOOD ein.

Darüber reden

Vermächtnisse und Testamentsspenden sind ein Ausdruck der Selbstbestimmung sowie ein Manifest und eine klare Antwort auf die Frage: Wofür stehe ich? Welche Spuren will ich hinterlassen? ROBIN WOOD darf Sie nicht juristisch beraten, aber wir haben viel Verständnis für Ihren Willen! Wenn es darum geht, genau die Entscheidung zu treffen, die Ihren Wünschen entspricht, wird Sie Ihr Anwalt oder

ein Fachanwalt für Erbrecht gerne unterstützen. Und für alle Fragen, die unsere Arbeit zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen betreffen, stehen ich Ihnen ganz persönlich zur Verfügung.

Wenn Sie mehr über das Vererben wissen wollen und dabei auch etwas für den Umweltschutz tun möchten, bestellen Sie unverbindlich die Testamentsbroschüre von ROBIN WOOD „Ihr Wille ist wichtig“ bei: ROBIN WOOD e.V., Bremer Straße 3, 21073 Hamburg, Tel.: 040 380892-0.



impresum

Nummer 145/2.20

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Tim Christensen, Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle

Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand.
Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Förder*innen, die ab 50 Euro jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
Bogenoffsetdruck, Auflage: 8.000.
Gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Titelbild:

Kilian Schönberger

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



info@robinwood.de
www.robinwood.de

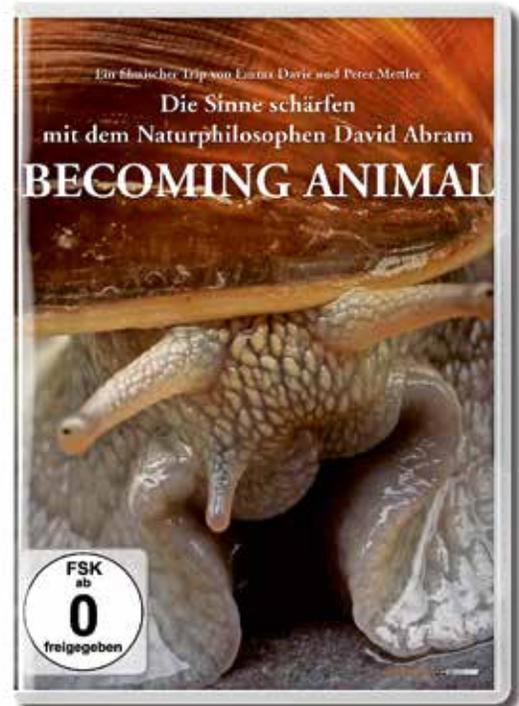
Becoming Animal

Die Filmemacher*innen Emma Davis und Peter Mettler haben den Kulturökologen und Erkenntnisphilosophen David Abram bei seinen Erkundungen in verschiedenen Nationalparks Amerikas begleitet. Entstanden ist ein Dokumentarfilm, der über die Wahrnehmung der Natur reflektiert und die Zuschauer*innen zum Nachdenken bringen möchte, denn: „Die Natur, die anderen Tiere, die Pflanzen entgleiten immer mehr unserem Bewusstsein.“ Die meisten Menschen hätten einen ursprünglichen Zugang zur Natur verloren. Visuell einfallsreich plädiert der Film für ein direktes und achtsames Naturerlebnis mit allen Sinnen und dafür das weit verbreitete, distanzierte Verhältnis zur Natur wieder aufzugeben. Erst so werde die Voraussetzung geschaffen für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen zur Bewahrung der natürlichen Umwelt.

Der Film zeigt daher eine Welt, in der die anderen Lebewesen, die Tiere und Pflanzen, Vorrang haben. Abram lädt die Zuschauer*innen ein, sich behutsam in diese Lebewesen einzufühlen – mal aus der Vogelperspektive, dann wieder ganz nah, unmittelbar mit den Sinnen erfassend, wie die Schnecke, die ihre Fühler tastend in die Umgebung streckt. Nur so, in der direkten Erfahrung und Wahrnehmung, im Aufeinanderachten, lassen sich Beziehungen herstellen zwischen dem, was wir sind und dem, was uns umgibt. Denn die Welt ist mehr als das, was wir normalerweise aus der menschlichen Perspektive wahrnehmen und die Verbindung zu dieser „mehr-als-menschlichen-Welt“ kann jederzeit wieder aktiviert werden.

Es mutet etwas paradox an, wenn Becoming Animal einerseits die ganzen technischen bzw. digitalen Hilfsmittel, die sich als Wahrnehmungshindernisse zwischen Mensch und Natur geschoben haben, einerseits infrage stellt, andererseits als Film selbst aber nur durch Technik funktioniert. Ein wesentliches Ziel kann er trotzdem erreichen: Dass wir animiert werden, die medial geprägte Komfortzone zu verlassen und in die Natur zu gehen – „Erst der Kontakt und das lebendige Miteinander mit dem Nicht-Menschlichen machen uns zu Menschen.“

Olaf Selg, Berlin



*Becoming Animal, Dokumentarfilm
Großbritannien/Schweiz 2018
Länge: 78 Minuten
Regie: Emma Davis, Peter Mettler*

Verlosung!

Das ROBIN WOOD-Magazin verlost drei DVD von Becoming Animal. Wer mitmachen möchte, schickt uns bitte möglichst bald eine E-Mail: magazin@robinwood.de oder eine Postkarte an: ROBIN WOOD, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg. Viel Glück und viel Spaß beim Filmschauen!



Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 2,70 Porto in Briefmarken an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

Nord-Ost (MV, BB, HH, SH)

Nord-West Jubiläumsausgabe

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya f. Robin Wood 25.10.19

Bären, Floßtouren, Schokolade und Ketten- sägen: Videoclips von ROBIN WOOD



Aktionen hautnah am Bildschirm miterleben? Das kannst du auf unserem Videokanal [youtube.com/robinwoodvideo](https://www.youtube.com/robinwoodvideo).

Du kannst dir ansehen, inwiefern wir schon seit Jahren gegen S21 aktiv sind, was engagierte Menschen dazu motiviert, bei uns mitzumachen, warum der rumänische Urwald unbedingt mit Bärenkostümen geschützt werden muss, wie wir der Kohleindustrie aufs Dach steigen, warum Schokolade Qualen verursacht, wieso wir als Waldschützer*innen mit Ketten Sägen hantieren und was Supermärkte mit der Zerstörung der Tropenwälder zu tun haben. Auch unsere alljährliche Aktions-Floßtour wurde mit mehreren Spots in bewegten Bildern festgehalten.

Vielfältig und ganz unterschiedlich gestalten sich die Aktionsvideos. Und in der Videoreihe „ROBIN WOOD guckt hin“ werden kurz, knackig und anschaulich Umweltprobleme erklärt. So werden die Themen Flugverkehr, Atomtransporte, Papier und Kohle aufbereitet: In nur zwei bis zweieinhalb Minuten werden die wichtigsten Fakten interessant und unterhaltsam dargestellt.

Das alles und noch mehr kannst du dir angucken unter www.youtube.com/robinwoodvideo

Fundraising macht glücklich!



Andrea Zander betreut als neue Ansprechpartnerin bei ROBIN WOOD den Bereich Spenden

Seit Beginn des Jahres kümmert sich Andrea Zander in der ROBIN WOOD-Geschäftsstelle um das Fundraising und ist Ihre Ansprechpartnerin für Spenden, Ideen und Rückfragen. Die diplomierte Umweltwissenschaftlerin setzt sich mit viel Elan und Leidenschaft für den Erhalt bedrohter Lebensräume ein. Neben ökologischen Aspekten ist es ihr wichtig, auch die sozialen Auswirkung von Umweltzerstörung im Auge zu behalten. Vor ihrem Wechsel zu ROBIN WOOD betreute sie bereits lange Jahre die Spender*innen einer anderen NGO.

Warum ihr Job sie glücklich macht, erklärt sie folgendermaßen: „Fundraising kann eine der schönsten und sinnvollsten Aufgaben überhaupt sein. Wenn ich an die letzten Monate denke, kommt mir sofort die Aktion in den rumänischen Karpaten in den Kopf. Als wir hörten, dass die Holzfäller große Schneisen in diese einzigartigen Buchenwälder schlugen, war für uns klar: Da müssen wir hin! Um ein solches Projekt durchzuführen, braucht es natürlich Geld.

Und dann gibt es die andere Seite: Menschen, die bereit sind, solche Aktionen finanziell zu unterstützen. Der Erhalt solcher einzigartigen Wälder ist ihnen unendlich wichtig. Dafür spenden sie sehr gerne! Menschen geben mir immer wieder Rückmeldung, wie glücklich und zufrieden es sie macht, ihr Geld sinnvoll einzusetzen. Ich bilde lediglich die Schnittstelle zwischen diesen beiden Seiten und das ist wirklich ein sehr gutes Gefühl.“

Andrea Zander können Sie in Hamburg erreichen unter: andrea.zander@robinwood.de, Tel.: 040 380 892-13



Foto: ROBIN WOOD | Minierva Vincza

Europas letzte Urwälder retten!

Deutschland trägt eine große Verantwortung: Unser Hunger nach Holz, Papier und Zellstoff zerstört die letzten Natur- und Urwälder Europas. Im zweiten Halbjahr 2020 wird Deutschland die Ratspräsidentschaft der EU übernehmen. Wir fordern von Bundesagrarministerin Klöckner eine klare Position für eine starke Waldstrategie und die verbindliche Umsetzung von Waldnaturschutzmaßnahmen. Unterschreiben Sie heute noch unsere Petition an Bundesagrarministerin Klöckner im Internet: www.robinwood.de/urwald oder auf der beiliegenden Unterschriftenliste. Schauen Sie auch auf Seite 14 bis 19. Herzlichen Dank!

Ich möchte andere informieren!

Ich brauche nur eine Briefmarke und einen Briefumschlag.

Bitte senden Sie mir:

___ Exemplare dieses Magazins

___ Exemplare der Unterschriftenliste

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum, Unterschrift



Europas letzte Urwälder retten!

Bitte machen Sie
bei unserer
Unterschriftenaktion
mit! Herzlichen Dank!

Foto: ROBIN WOOD



www.robinwood.de